Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Ges. Ad. Schleh, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur: J. Hachfeld in Posen.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Rud. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G., G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den Inseratentheil: J. Klugkist in Posen.

Nr. 268

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Dienstag, 18. April.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 80 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen

1893

Deutscher Reichstag.

76. Sitzung vom 17. April, 1¼ Uhr.

Zur Geschäftsordnung beantragt Abg. Dr. **Dohrn**, zunächst über den zweiten Punkt der Tagesordnung: Spionagegesetz, zu verhandeln, die Fortsetzung der zweiten Berathung der Novelle zum Wuchergesetz aber zurückzustellen.

Abg. Frhr. **v. Manteuffel** (kons.) widerspricht diesem Antrage.

Bei der Abstimmung wird der Antrag gegen die Stimmen der Freisinnigen abgelehnt, und die zweite Berathung der Wuchergesetzvorlage fortgesetzt.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Abstimmung über § 302e (Sachwucher), bei welcher sich in der letzten Sitzung Beschlußunfähigkeit herausstellte, trotz des Widerspruchs des Abg. Schrader einstweilen zurückgestellt.

§ 367 bedroht Denjenigen mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft, der den über das Abhalten von öffentlichen Versteigerungen und über das Verabfolgen geistiger Getränke vor und bei öffentlichen Versteigerungen erlassenen polizeilichen Anordnungen zuwiderhandelt. Damit soll der Verabreichung geistiger Getränke bei öffentlichen Versteigerungen ein Riegel vorgeschoben werden.

Der Paragraph wird ohne Debatte unverändert angenommen.

Art. 4 der Vorlage verpflichtet denjenigen, der gewerbsmäßig Geld- oder Kreditgeschäfte betreibt, unter Androhung von Geldstrafe bis zu 500 M. oder Haft zur Mittheilung eines Rechnungsauszugs am Jahresschlusse an den Schuldner. Doch sollen zu Gunsten der Banken und ähnlichen Institute, sowie zu Gunsten des Geschäftsverkehrs mit Kaufleuten Ausnahmen von der Verpflichtung eintreten.

Abg. **Dr. v. Bar** will die Bestrafung erst eintreten lassen, wenn die Zustellung des Rechnungsauszuges in der Absicht unterblieben ist, „den Schuldner über den Betrag seiner Schuldverpflichtungen im Unklaren zu erhalten und ihn dadurch zur Eingehung leichtsinniger oder von ihm schwer zu erfüllender weiterer Geschäfte zu veranlassen“. Er stellt und begründet einen dem entsprechenden Antrag.

Abg. Frhr. **v. Buol-Berenberg** beantragt, von der Verpflichtung zur Ertheilung eines Rechnungsauszugs außer den öffentlichen Banken, Notenbanken, Bodenkreditinstituten und Hypothekenbanken auf Aktien, auch öffentliche Leihanstalten, Spar- und Darlehnsinstitute, öffentliche Korporationen und eingetragene Genossenschaften auszunehmen, ebenso die Geschäftsverbindungen, die nur in einem Abschluß bestehen, der schriftlich stattgefunden hat.

Abg. **Büsing** (nat.-lib.) wendet sich gegen die neuen Verpflichtungen, welche hier den reellen Geschäftsleuten auferlegt würden und welche zu chikanöser Anwendung gegenüber den ehrlichen Verkäufern gebraucht werden könnten, zumal der Verpflichtung des Verkäufers resp. Gläubigers zur Ertheilung des Rechnungsauszugs nicht einmal die korrespondirende Pflicht des Schuldners, sich auf den Rechnungsauszug zu erklären, gegenübergestellt sei. So sei der Schuldner in der Lage, durch einfaches Bestreiten des Empfanges des Rechnungsauszugs dem Gläubiger die Last eines gerichtlichen Verfahrens aufzuerlegen.

Abg. **Hahn** (kons.) beantragt eine Abschwächung des Antrages des Abg. v. Buol-Berenberg dahin, daß bei den eingetragenen Genossenschaften die Verpflichtung zur Uebermittelung des Rechnungsauszuges nur beim Geschäftsverkehr mit den Mitgliedern wegfallen soll. Auch die Geschäftsverbindungen, die nur in einem Abschluß bestehen, der schriftlich stattgefunden hat, sollen der Verpflichtung zur Uebersendung des Rechnungsauszuges unterstellt bleiben.

Staatssekretär **Hanauer** erklärt sich gegen sämmtliche Anträge und spricht seine Befriedigung darüber aus, daß der Grundgedanke des Artikels 4 im Hause Anerkennung gefunden habe.

Die Abgg. Dr. **Krause** und **Schrader** (dfr.) bekämpfen den Artikel als einen schädlichen Eingriff in das Geschäftsleben. So weit seien wir in Deutschland doch noch nicht, daß für jeden Geschäftsmann ein Strafrichter als Vormund bestellt werden müsse. Eine analoge Gesetzesbestimmung finde sich in keinem anderen Staate.

Die Debatte wird geschlossen.

Bevor in die Abstimmung über die zu Art. 4 gestellten Anträge eingetreten wird, bezweifelt

Abg. Dr. **Dohrn** (dfr.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Da das Bureau diesen Zweifel theilt, wird der Namensaufruf vorgenommen, welcher die Anwesenheit von nur 171 Abgeordneten ergiebt. Der Reichstag ist also wieder nicht beschlußfähig und es muß deshalb die Sitzung abgebrochen werden.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr (Spionengesetz und Fortsetzung der zweiten Berathung des Wuchergesetzes).

Schluß gegen 5 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

62. Sitzung vom 17. April, 11¼ Uhr.

Auf der Tagesordnung steht lediglich die zweite Berathung des Ergänzungssteuer-Gesetzes.

Zum § 1, nach welchem vom 1. April 1895 ab eine Ergänzungssteuer erhoben werden soll, liegen einige Abänderungsanträge vor. Die Abgg. **v. Eynern** und **Dr. Friedberg** beantragen, den § 1 zu streichen, dagegen die Bereitwilligkeit des Hauses zu erklären, in die Berathung eines Erbschaftssteuergesetzes einzutreten, für welches die Antragsteller zugleich Grundzüge vorschlagen.

Der Abg. **v. Bülow** (Wandsbeck) beantragt, den § 1 zu fassen: vom 1. April 1895 ab wird als Ergänzungssteuer zur Einkommensteuer eine Vermögenssteuer nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen erhoben.

Abg. **v. Eynern**: Wenn wir die Steuerreform durchführen wollen, so müssen wir vor Allem die Grenze des Bedarfs selbständig feststellen und der Regierung nicht mehr bewilligen, als sie es selbst für nöthig hält. Das kann auf 3 Arten geschehen: einmal durch die Ermäßigung des mit 6000 Mark anfangenden Tarifs, ferner dadurch, daß das Gesetz erst nach 6 Jahren zur Anwendung kommt, und endlich dadurch, daß der Satz von ½ vom Tausend auf etwa ⅓ pro Mille ermäßigt wird. Wir erwarten, daß seitens des Ministeriums dieser letztere Antrag gestellt wird, da der Herr Finanzminister früher erklärt hat, die Reform bezwecke bloß eine bessere und gerechtere Vertheilung der Steuerlasten, nicht aber die Erzielung von Mehrerträgen. (Abg. Rickert: Hört! hört!) Man sagt, der Satz von ½ vom Tausend sei niedrig, aber diese Belastung ist gleichbedeutend mit einer neuen Besteuerung des Einkommens um 1½ Prozent. Wir brauchen überhaupt keine neue Vermögenssteuer, da die Hülfsquellen des Staates noch lange nicht erschöpft sind. Durch die neue Vermögenssteuer betreten wir nur den Weg, den 1848 das communistische Manifest angedeutet hat, führen wir ein sozialistisch communistisches Prinzip in die Steuergesetzgebung ein, beginnen wir auf gesetzlichem Wege, das Vermögen der Staatsbürger zu konfisziren. (Oho! Heiterkeit.) Ich zweifle nicht, daß der jetzige Herr Finanzminister es nicht will, allein es können Finanzminister kommen, die von Josef nichts wissen wollen. (Heiterkeit.) Meine Auffassung der Vermögenssteuer wird auch von vielen Konservativen getheilt, und konservative Organe haben keinen Anstand genommen, die Vermögenssteuer als den Beginn einer Vermögenskonfiskation zu bezeichnen. Die neue Steuer hat dann auch in den Kreisen der besitzenden Bevölkerung große Unzufriedenheit hervorgerufen. Sie reiht sich würdig an jener Belastung, welche durch das stürmische Tempo unserer Sozialpolitik unserem Bürgerthum auferlegt worden ist, so daß dasselbe kaum noch die Konkurrenz mit den anderen Ländern bestehen kann. Diese Unzufriedenheit ist bereits so groß geworden, daß sie die Mittel verweigert, welche zur Sicherung der nationalen Existenz im militärischen Interesse nothwendig sind. In der Kommission hat der Herr Finanzminister erklärt, die jetzt vorgeschlagene Vermögenssteuer sei allerdings abgesehen von einigen Kantonen der Schweiz neu; aber angesehene Männer der Wissenschaft wie Schmoller, Thun, Konrad, Adolf Wagner hätten sich für dieselbe erklärt. Da haben wirs, meine Herren. (Heiterkeit.) Die Kathedersozialisten, die schon so viel Unheil über Preußen und Deutschland gebracht haben, (Heiterkeit), die bei ihren Vorschlägen die Konfratres der Sozialdemokraten sind, diese sind es, welche die Vermögenssteuer uns auferlegen wollen. Die neue Vermögenssteuer wird auch in der abgeschwächten Form eine große Schädigung des Gewerbslebens herbeiführen; sie wird ein erneutes inquisitorisches Eindringen in die Vermögensverhältnisse zur Folge haben und die jetzige Quälerei, die bei der Einkommensteuer zu Tage tritt, nur vermehren. Das ist um so schlimmer, als nach den Erfahrungen bei der Einkommensteuer die Geheimhaltung der Steuerveranlagung eine bloße Farce geworden ist. Auch die freikonservative „Post“ hat anerkannt, daß die Ergänzungssteuer nicht erforderlich ist. Wir schlagen Ihnen vor, die Vermögenssteuer ganz fallen zu lassen, dagegen an eine Reform unseres Erbschaftssteuergesetzes zu gehen. Wenn man auf den Gedanken der Erbschaftssteuer einginge, würde die Steuerreform durchaus nicht aufgehalten werden. Denn es würde in wenigen Tagen der früher vorgelegte Erbschaftssteuergesetzentwurf entsprechend umgeändert werden können. Nach den Erfahrungen in andern Ländern sei eine Erbschaftssteuer bei Weitem vorzuziehen vor einer Vermögenssteuer. Er glaube, daß schließlich auch die Agrarier, wenn die Kreislasten steigen würden, die jetzt geplante Reform bereuen würden. Von dem großen Reformenthusiasmus sei ja bereits Vieles geschwunden.

Finanzminister **Miquel**: Nach den Verhandlungen über das Einkommensteuergesetz mußte die Regierung es als ihre Aufgabe ansehen, das fundirte Einkommen stärker zu den öffentlichen Lasten heranzuziehen, als das unfundirte. Wenn die Regierung zu diesem Zwecke die Erbschaftssteuer mit 2 Prozent wiedergebracht hätte, nachdem 1891 die Steuer von ½ Proz. mit erdrückender Mehrheit abgelehnt worden ist, wäre sie doch eigenthümlich empfangen worden. Der Abg. v. Eynern weiß ganz genau, daß für die Erbschaftssteuer weder hier noch im Lande Sympathien vorhanden sind. Die Nothwendigkeit einer ergänzenden Steuer kann man doch unmöglich bestreiten. Dann muß man aber auch praktische Formen geben, auf denen man zu der Ergänzung kommt. Der Einwand, die Vermögenssteuer sei sozialistisch, ist schon oft genug widerlegt worden. Jede Steuer, ins Ungemessene in die Höhe geschraubt, könnte eine Vermögenskonfiskation sein. Ist denn je anzunehmen, daß dieses Haus, das Herrenhaus und die Staatsregierung einer solchen ungemessenen Erhöhung zustimmen werden? Daß die Steuer eine Erfindung der Katheder-Sozialisten sei, stimmt doch nicht damit, daß in Holland, wie in der Schweiz, eine Vermögenssteuer eingeführt ist. Dort hat man die Befürchtung, daß die Steuer den Kredit schädigen werde, überhaupt nicht gehegt, und die Erfahrung hat, wie ein Baseler Blatt hervorhebt gerade gezeigt, daß der Kredit ein soliderer geworden ist. Ich will die Erbschaftssteuer nicht unter allen Umständen als nicht acceptable Steuer bezeichnen (Heiterkeit), mit Rücksicht auf den besonderen Zweck ist aber die Vermögenssteuer vorzuziehen. Die Erbschaftssteuer kann am allerleichtesten umgangen werden durch Schenkungen unter Lebenden. Sie würde mit Beziehung auf die Steuerkraft im höchsten Grade ungleich treffen. Die Gefahr einer ungemessenen Steigerung der Steuer bis Konfiskation liegt doch auch bei der Erbschaftssteuer viel näher. Wird doch vielfach schon eine gänzliche Beseitigung oder wenigstens erhebliche Beschränkung des Erbrechts überhaupt gefordert.

Abg. **v. Jagow** (kons.) beschränkt sich, da die Frage der Ergänzungssteuer in der Kommission so eingehend erörtert ist, auf einige Bemerkungen gegen die Erbschaftssteuer. Seine Partei gebe zu, daß die stärkere Heranziehung des fundirten Einkommens innerhalb der Einkommensteuer wünschenswerth, aber praktisch schwer durchführbar sei. Sie werde deshalb von allen Abänderungsanträgen in dieser Richtung absehen und für die Vermögenssteuer stimmen.

Abg. **Krah** (freikons.) empfiehlt den Antrag v. Bülow, das Wort Ergänzungssteuer durch Vermögenssteuer zu ersetzen.

Abg. Frhr. **v. Huene** bittet, diesen Antrag abzulehnen; die Bezeichnung Ergänzungssteuer sei durchaus angebracht, da die Steuer in direkte Verbindung mit der Einkommensteuer gebracht sei. Grade diejenigen, die gegen die Steuer Bedenken hätten, sollten sich hüten, sie als prinzipielle Vermögenssteuer zu bezeichnen. Wäre es eine reine Vermögenssteuer an sich, dann würde man sagen, daß der Satz von ½ pro Mille außerordentlich gering sei, und bald eine Erhöhung verlangen.

Abg. Dr. **Würmeling** erkennt die Nothwendigkeit der Staatskasse Ersatz für den Steuerausfall zu geben, ebenso an, wie die Nothwendigkeit, das fundirte Einkommen stärker heranzuziehen als das unfundirte. Die Erbschaftssteuer sei seiner Partei nicht sympathisch, weil eine solche nicht dem deutschen Rechtsbewußtsein, dem Gefühle der Zusammengehörigkeit der Familie entspreche. Die stärkere Heranziehung des fundirten Einkommens im Rahmen der Einkommensteuer selbst habe sich als äußerst schwierig erwiesen. Die Vermögenssteuer habe freilich auch manche Bedenken gegen sich. Die Behauptung, es sei keine Vermögenssteuer, sondern eine Einkommensteuer, die nach Maßgabe des Vermögens bezahlt werde, treffe doch nicht ganz zu. Der Gewerbetreibende, der jahrelang unter einer Geschäftsstockung leide, zahle die Steuer nicht aus seinem Einkommen, sondern direkt aus dem Vermögen. Daß die Steuer auch in Zeiten wirthschaftlicher Depression von den Gewerbetreibenden gezahlt werden solle, sei doch ein sehr beachtenswerther Punkt. In den Reihen seiner Freunde sei weiter das Bedenken geltend gemacht, daß man thatsächlich doch zu einer neuen Steuerform komme, zu einer neuen Steuerschraube, die weiter angezogen werden könnte. Dazu komme das lästige Eindringen in die Privatverhältnisse bei der Veranlagung. Andererseits verkenne seine Partei nicht, daß die neue Steuer auch eine Reihe von Vorzügen habe. Wenn er hier zum Ausdruck bringe, daß der Weg, der zu dem allseitig erstrebten Ziele hin eingeschlagen sei, nicht ohne Bedenken sei, so wolle er seine Partei damit nicht binden. Die Stellung seiner Partei zu dem gesammten Reformwerke sei ja bekannt. Er hoffe, daß die Sache sich so gestalten werde, daß sie auch zur Befriedigung seiner politischen Freunde führen werde. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (frk.) spricht seine Befriedigung darüber aus, daß der Vorredner sich nicht prinzipiell gegen die Ergänzungssteuer erklärt habe. Er hoffe, daß das Zentrum, wenn es die Steuer im Zusammenhang mit der ganzen Reform betrachte, seine Bedenken überwinden werde. Besonderen mißlichen Umständen, wie geschäftlicher Depression sei bei der Steuer Rechnung getragen worden. Die Verbindung von Einkommensteuer und Vermögenssteuer entspreche der Gerechtigkeit. Aber weiter zu gehen zu einer besonderen Vermögenssteuer, dazu liege kein Anlaß vor.

Abg. Dr. **Meyer** (dfrs.) will den nichtssagenden Ausdruck Ergänzungssteuer durch Vermögenssteuer ersetzen. Den Gedanken einer Vermögenssteuer lehne er nicht an sich ab. Jetzt aber würde man unter der Bezeichnung Vermögenssteuer nur eine zweite Einkommensteuer bekommen. Nachdem wir vor zwei Jahren eine Steuer eingeführt, die sich in Folge der Art ihrer Durchführung als sehr lästig erweise, müsse man Bedenken tragen, einer weiteren ebenso lästigen Steuer zuzustimmen. Die Beseitigung des direkten Deklarationszwanges werde nichts helfen, denn jeder, der sein Vermögen nicht freiwillig deklariren werde, setze sich der Gefahr aus, durch zu hohe Veranlagung zur Deklaration gezwungen zu werden. Man sehe ja, was die Steuerbehörden alles fertig bekämen. In Mühlhausen i. Th. sei ein Fabrikant sogar vorgeladen worden, um über die von ihm seinen Arbeitern gezahlten Löhne Auskunft zu geben. Seine Partei lehne das Gesetz auch deshalb ab, weil sie das Bedürfniß eines Ersatzes von 35 Millionen nicht anerkenne. Wolle man zu einer Gesundung unserer Finanzen kommen, dürfe man nicht einen Pfennig an neuen Steuern mehr bewilligen, als an alten aufgegeben werde.

Generalsteuerdirektor **Burkhardt** versichert, daß absolut nicht mehr gefordert werde, als zum Ersatz nothwendig sei. Man solle sich doch vergegenwärtigen, daß die 40 Millionen Mehreinnahme aus der Einkommensteuer, die in der Kommission noch als zu niedrig bezeichnet sei, nach den Ergebnissen der letzten Veranlagung nicht werde erreicht werden. In dem Mülhausener Falle könne er eine besondere Rücksichtslosigkeit nicht erblicken; es habe sich herausgestellt, daß 25 Arbeiter ihr Einkommen viel zu niedrig angegeben hatten. Der Versuch zu einer stärkeren Heranziehung des fundirten Einkommens innerhalb der Einkommensteuer sei trotz aller Bemühungen der Regierung nicht geglückt. Lediglich deshalb sei man zu der neuen Steuer geschritten. Wenn Dr. Würmeling oder seine Freunde andere Vorschlage machen zu können glaubten, so möchten sie damit hervortreten.

Abg. Dr. **Enneccerus** (ntl.) nimmt die Vermögenssteuer gegen den Vorwurf in Schutz, sie sei ein sozialistisches oder kommunistisches Experiment, und legt dar, daß sie weitaus den Vorzug vor der Erbschaftssteuer verdiene.

Abg. Dr. **Friedberg** preist dagegen die Vorzüge einer Erbschaftssteuer. Die Aeußerungen des Ministers über die Erbschaftssteuer gäben der Vermuthung Raum, daß wir, wenn wir erst die Vermögenssteuer hätten, dann auch noch die Erbschaftssteuer bekämen. (Heiterkeit.) Wenn er (Redner) auch die Erbschaftssteuer der Vermögenssteuer vorziehe, so würde er für die beste Form der Lösung doch die fundirte Einkommensteuer vorziehen. Die Vermögenssteuer lege die Axt an die Wurzel unseres Erwerbslebens. Wie sich das Zentrum nach den langen Berathungen der Steuergesetze und nach den von Würmeling geäußerten Bedenken seine Stellung zu der Vermögenssteuer noch vorbehalten könne, sei nur verständlich, wenn man annehme, daß das Zentrum mit der Steuerreform noch andere Ziele und Vortheile zu erreichen hoffe, die er nicht kenne. Da er solche Vortheile nicht erstrebe, so werde er gegen das Gesetz stimmen.

Die Debatte wird hierauf geschlossen.

Der Antrag **v. Eynern Friedberg** wird gegen die Stimmen eines Theiles der Nationalliberalen und Freikonservativen abgelehnt, desgleichen der Antrag v. Bülow. § 1 wird in der Kommissionsfassung unverändert angenommen, desgleichen die §§ 2 und 3.

In § 4, welcher feststellt, was als steuerbares Vermögen gilt, war nach dem Regierungsvorschlage bestimmt, daß die außerhalb Preußens belegenen Grundstücke und angelegten Kapitalien von der Besteuerung ausgeschlossen sein sollen.

Die Kommission hat diese Steuerfreiheit auf die in anderen deutschen Bundesstaaten oder in einem deutschen Schutzgebiet gelegenen Grundstücke und angelegten Gelder beschränkt.

Ein Antrag **Ludowig** will die Regierungsvorlage wieder herstellen.

Reg.-Komm. **Wallach** befürwortet diesen Antrag. Es sei internationaler Brauch nur die im eigenen Lande betriebenen Gewerbe rc. zu besteuern; es würde bei Aufrechterhaltung der Kommissionsbeschlüsse eine Doppelbesteuerung stattfinden, da der im Auslande gelegene Betrieb ja schon dort besteuert werde.

Abg. **Ludowieg** spricht sich in demselben Sinne aus. Es würden bei Annahme des Kommissionsbeschlusses viele Kapitalisten, die schon unzufrieden seien, ihren Wohnsitz ins Ausland verlegen oder wenigstens die deutsche Unterthanenschaft aufgeben.

Abg. **Schmitz** (Erkelenz) tritt ebenfalls für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage ein. Es sei doch zu beachten, daß dem außerhalb Preußens gelegenen Grundbesitz die Aufhebung der Grund- und Gebäudesteuer nicht zu Gute kommen. Es komme hier nicht blos großer Besitz in Betracht sondern auch kleiner Grundbesitz. An der holländischen und belgischen Grenze sei in Folge der örtlichen Verhältnisse der Besitz der Bauern zu beiden Seiten der Grenze vertheilt. Diese würde man sehr hart treffen, wenn man den Kommissionsbeschluß aufrecht erhielte.

Abg. Frhr. **v. Loë** tritt diesen Ausführungen bei. An der holländischen, belgischen und luxemburgischen Grenze gehe die Grenzlinie in der willkürlichsten Weise durch die Gehöfte und Grundstücke. Wenn man die Besitzer zu sehr belaste, so würden sie bei einem Neubau jenseits der Grenze bauen und damit ins Ausland ziehen.

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (freik.) führt dagegen aus, daß nicht im Auslande gelegener Grundbesitz besteuert werde, sondern die Person des Besitzers. Würden wir eine fundirte Einkommensteuer haben, so würde der ausländische Grundbesitz und das im Auslande angelegte Kapital zweifellos bei Berechnung des Einkommens mit berücksichtigt werden Da es sich hier nur um eine Ergänzung zur Einkommensteuer handele, so sei auch hier das Einkommen aus dem im Auslande angelegten Vermögen nicht anders zu behandeln als das inländische Vermögen. Man solle es deshalb beim Kommissionsbeschlusse belassen.

Finanzminister **Miquel** meint, daß diese Erwägung allein nicht genüge. Man sollte den reichen Ausländern den Aufenthalt bei uns nicht zu sehr erschweren.

Abg. **Dr. Sattler** (ntl) hält den Kommissionsbeschluß für gerechtfertigt. Es werde sonst ein Anreiz zur Anlegung des Geldes im Auslande geschaffen.

Finanzminister **Miquel** bittet in diesem Punkte nicht eine zu starke Konsequenzmacherei zu treiben.

Abg. Dr. **Meyer** (dfr.) beantragt, nicht sämmtliche selbständigen Rechte, welche einen in Geld schätzbaren Werth haben, zur Steuer heranzuziehen, sondern nur die dinglichen Rechte. Autorrechte und Patentrechte seien niemals so durchaus gesichert, daß die Einkünfte daraus als ganz gewiß anzunehmen seien. Auch seien diese Rechte zeitlich begrenzt und gingen nach einiger Zeit verloren. Man solle doch die geistige Arbeit nicht besonders hart treffen. Weiter spricht Redner sich für den Antrag Ludowieg aus. Wenn ein amerikanischer Eisenbahnkönig sich eine Villa in Godesberg kaufe, um dort einige Monate zuzubringen, so hätten wir alle Veranlassung, ihn freundlich zu behandeln. Wenn dieser Mann seine Milliarden, die er drüben erworben habe, versteuern solle, so werde er sich hüten, die Schönheiten des Rheins weiter zu genießen, sondern ihm werde vor seinem geistigen Auge seine Villa in Preußen erscheinen mit einer weißen Fahne und auf dieser ein rothes Kreuz und die Aufschrift: hier wird geschröpft! (Große Heiterkeit.)

Abg. **v. Schalscha** betont zur Unterstützung des Antrages Ludowieg, daß es auch eine russische und österreichische Grenze gebe und daß auch dort die Verhältnisse ähnlich liegen wie an der holländischen Grenze. Wie die Schätzung des im Auslande gelegenen Grundbesitzes erfolgen solle, wisse er nicht. Wie wolle man denn ein Gut an der Wolga schätzen und eine Reklamation darüber erledigen?

Die Debatte wird geschlossen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. Frhr. **v. Huene**, daß ihm der Schluß der Debatte es unmöglich mache, für den Kommissionsbeschluß einzutreten

Der Antrag Meyer wird abgelehnt, desgleichen mit knapper Mehrheit der Antrag Ludowieg, für den Nationalliberale, Freikonservative, Freisinnige und die Mehrheit des Zentrums stimmen. § 4 wird in der Kommissionsfassung angenommen.

Hierauf wird die Weiterberathung auf morgen 11 Uhr vertagt. Schluß 4¼ Uhr.

Deutschland.

□ **Berlin,** 17. April. Denkwürdig ist die heutige Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses; sie bedeutet den Gipfel einer Epoche der Begriffsverwirrung. Zur Berathung stand das Ergänzungssteuergesetz und gewissermaßen in Reinkultur bekam man die sonderbaren Ansichten des Finanzministers und der Mehrheit vorgesetzt, die mit diesem Gesetz ein Meisterwerk geschaffen zu haben meinen. Der förmlich unheimliche Einfluß des Herrn Miquel nicht blos auf die praktische Gesetzgebung, sondern auch auf den Stimmungsgehalt der Zeit ist Einem nie so deutlich wie bei dieser Berathung geworden. Der Abg. von Eynern nannte die Vermögenssteuer die Verwirklichung eines kommunistisch-sozialistischen Prinzips. Diese Steuer könne zur Förderung des Gedankens führen, daß bessersituirte Leute kein Recht mehr haben zu existiren. Er warnte beredt und geschickt vor der Betretung eines so gefährlichen Weges. Was aber antwortete der Finanzminister? Mit dem wirksamen Pathos, das er ebenso wie bei passender Gelegenheit die spitzeste Ironie handhabt, zog sich Herr Miquel auf den Boden der höheren Gerechtigkeit zurück und wieder einmal mußte das verbrauchte Argument herhalten, daß eine Unterscheidung in der Besteuerung des fundirten und nicht fundirten Einkommens von der „Gerechtigkeit“ gefordert werde. Sonderbar genug, daß den Redner Niemand aus dem Hause fragte, warum denn dieser Ausgleich nicht in einer Form versucht worden sei, die die Steuerzahler mit nur erarbeitetem Einkommen wirklich entlasten könnte. Es wäre ja nichts dagegen einzuwenden, vielmehr es wäre ein wahrhaftes Gebot der Gerechtigkeit, wenn Leute, die sich jeden Pfennig sauer verdienen müssen, um so viel weniger zahlen, als die glücklichere Minderheit, die ihr Einkommen aus Coupons bezieht. Zu solchem echten, gesunden, vernünftigen Ausgleich verhält sich die Vermögenssteuer wie eine Karrikatur. Sie entlastet Diejenigen nicht, die kein Vermögen haben, weil diese Kategorie ihre unverminderte Einkommensteuer nach wie vor zahlen muß; dagegen belastet sie nicht nur die Besitzenden, was allenfalls noch anginge, sondern sie bringt zugleich eine unheilvolle Verwirrung in die Grundlagen des Steuerwesens und in die steuerpolitischen Anschauungen der Bevölkerung. Jenen einzig vernünftigen Weg hat die Staatsregierung doch nur darum nicht beschritten, weil auf ihm die fiskalischen Interessen schlechter weggekommen wären, und so bleibt von den grandiosen Redewendungen, mit denen die „Ergänzungssteuer“ als sozialpolitische That gerühmt wird, nichts übrig als die Vorschubleistung nackter Fiskalität. In den Köpfen aber, zunächst in denjenigen der Abgeordnetenhaus-Mehrheit, sodann in weiten Klassen der Bevölkerung spukt etwas von steuerpolitischer Ethik und sittlich geläutertem Staatssozialismus oder wie man sonst die angenehme Verwirrung bezeichnen will. Verschämt hängt sich dies sonderbare Gethue und Gehabe ein Mäntelchen um. Das Wort „Vermögenssteuer“ können die Herren durchaus nicht ausstehen, und es soll nur „Ergänzungssteuer“ heißen. Das Hübscheste dabei war, daß der Finanzminister, indem er den betreffenden Antrag bekämpfte, fast immer nur von „Vermögenssteuer“ sprach und so das Ding beim einzig richtigen Namen nannte. Den Widerspruch hat ihm freilich Keiner nachgewiesen, wie auch in das künstliche Dunkel der „Gerechtigkeit“ gegenüber fundirtem und unfundirtem Einkommen nicht hineingeleuchtet wurde. Es ist, als wage sich Keiner mehr so recht an Herrn Miquel heran. Wie leicht wäre es doch zum Beispiel gewesen, ihm bei seinem heutigen scharfen Plaidoyer gegen die Erbschaftssteuer vorzuhalten, wie ausgezeichnet er diese selbe Steuer im vorigen Jahre vertheidigt hat. Aber natürlich ist es etwas ganz Anderes, im Miquelschen Sinne, ob man selber eine Erbschaftssteuer vorschlägt, oder ob sie Einem von Anderen zur Störung inzwischen veränderter Absichten aufgehalst werden soll. Die bekümmerten Freunde dieser Steuerart brauchen indessen nicht zu verzagen. Herr Miquel wird auch ihnen noch einmal in vielleicht nicht ferner Zukunft den Gefallen thun, und man wird alsdann die schönsten Reden zu Gunsten der Erbschaftssteuer gerade aus seinem, von unübertrefflicher Beredsamkeit überströmenden Munde hören. Dem Zuhörer kann es manchmal ganz wunderlich zu Muthe werden. Säße Herr Miquel statt am Ministertische auf den Bänken des Hauses, wer weiß, wie es dann geklungen hätte. Nun ist er aber einmal das bei weitem einflußreichste Mitglied des Staatsministeriums, und damit allein ist schon gesagt, daß die Steuerreform geborgen ist. Vergeblich wird fortan wie bisher alles Reden der kleinen Minderheit sein. Es sind hochbeachtenswerthe Leistungen, sowohl oratorisch wie sachlich betrachtet, mit denen heute die Abgeordneten von Eynern, Alexander Meyer und Friedberg zu retten suchten, was zwar nicht mehr zu retten ist, was aber retten zu wollen doch jedem muthigen Manne als Pflicht erscheinen muß. Nur hilft es eben nichts. Die Mehrheit ist unerschütterlich fest, und halb im Scherz, dem aber der bittere Ernst nicht fehlt, ist privatim schon vorgeschlagen worden, die weitere Debatte lieber ganz zu unterlassen und das Bündel von Steuergesetzen en bloc anzunehmen. Selbstverständlich kann das nicht geschehen, indessen zeigt schon der bisherige Gang der Berathung, wie verfehlt die Erwartung derjenigen war, die ein gegenseitiges Sichherabziehen von Militärvorlage und Steuerreform voraussahen. Die Steuervorlagen werden wahrscheinlich womöglich schon glatt durchgegangen sein, wenn der Reichstag erst aufgelöst wird.

— Die „Voss. Ztg.“ kommt nachträglich auf das Urtheil in dem Majestätsbeleidigungsprozeß gegen Maximilian Harden zurück und macht dazu die folgenden Bemerkungen:

Vor dreißig und vierzig Jahren hätte man in einem Urtheile jenes Inhalts etwas Natürliches, nicht aber etwas Ungewöhnliches und Ueberraschendes gefunden. Aber zwischen damals und heute liegt die Aera Bismarck, die noch nicht überwunden ist. In dieser Periode hat unser politisches Selbstbewußtsein Rückschritte gemacht. Unter dem Bismarckschen Regimente dienten die Preßprozesse als Machtmittel zur Bekämpfung des freien Wortes, und die Gerichte waren nicht immer die Beschützer einer freien Meinungsäußerung. Der Beleidigungsbegriff erfuhr zuweilen in den Erkenntnissen der Gerichte, zumal wenn hohe Personen angegriffen waren, eine Ausdehnung, daß selbst ein Reichsgerichtsrath sich veranlaßt sah, öffentlich dagegen Stellung zu nehmen. Es gab spitzfindige Entscheidungen und spitzfindige Interpretationen, welche kaum juristisch geschulten Köpfen, geschweige denn dem natürlichen Laienverstande einleuchten wollten. Die Verurtheilungen wegen Majestäts-, Bismarck-, Minister-, Beamtenbeleidigungen wurden so häufig, daß ein freisprechendes Urtheil, wenn es sich um die angebliche Beleidigung einer hohen Person handelte, Sensation machte. Wenn die allzu lauten Lobredner des Urtheils in der Sache Harden zu entschuldigen sind, so sind sie mit einem Hinweise auf die Geschichte der inneren Politik Bismarcks zu entschuldigen.

— Abg. Fusangel hatte die Zentrumsfraktion unterm 6. April eine Erklärung abgegeben. Die Zentrumsfraktion hat darauf, wie schon telegraphisch gemeldet, einstimmig beschlossen, die Aufnahme des Herrn Fusangel in die Fraktion abzulehnen und demselben auf sein Schreiben Folgendes zu erwidern: „Wenn die Fraktion auch gern den gemäßigten und entgegenkommenden Charakter dieser Erklärung anerkennt, so macht es ihr doch die Art und Weise, wie die Kandidatur des Herrn Fusangel im Wahlkreis Arnsberg-Olpe-Meschede, im bewußten Gegensatze zur Zentrumsfraktion und ihrer Leitung, aufgestellt und durchgeführt worden ist, unmöglich, Herrn Fusangel unter ihre Mitglieder aufzunehmen.“ — Indem die „Germania“ Vorstehendes mittheilt, erinnert sie daran, daß seiner Zeit die Fraktion auch die Ausschließung des Abg. Cremer verfügt habe.

⊙ **Thorn,** 16. April. Auf Einladung des Vorsitzenden des Landwirthschaftlichen Vereins des Kreises Thorn, Rittergutsbesitzers Wegner-Ostaszewo, hatten sich heute Nachmittag im Nikolaischen Restaurant gegen 70 Herren eingefunden, um den Beitritt zum Bunde der Landwirthe zu besprechen und die Organisation für den diesseitigen Kreis in die Wege zu leiten. Herr Wegner, zum Vorsitzenden von den Anwesenden erwählt, eröffnete die Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser und hielt dann eine längere Ansprache, in der er, wie üblich, von der üblen Lage der Landwirthschaft sprach und die „Nothwendigkeit der Interessen-Vertretung der Landwirthe“ betonte. Es komme darauf an, für diese eine wirthschaftlich-politische Vertretung zu schaffen. Es solle auch Einfluß bei den Wahlen gewonnen und eine große Wirthschaftspartei geschaffen werden, welche die Bedürfnisse der Landwirthe kenne und vertrete. — Der Aufforderung des Vorsitzenden, daß auch Herren aus der Versammlung das Wort nehmen möchten, entsprach zuerst Herr Donner-Knappstädt. Derselbe betonte, es dürfe der Handelsstand nicht das Uebergewicht über die Landwirthschaft erlangen, sonst sei, wie die Geschichte lehrt, der Ruin des Staates besiegelt (!!) — Herr Krüger-Althorn wies unter lebhaftem Beifall der Versammlung auf die angebliche Interessen-Gemeinschaft zwischen Groß- und Kleingrundbesitz hin und ersuchte die Kleingrundbesitzer, sich der landwirthschaftlichen Bewegung anzuschließen. Die Großgrundbesitzer könnten dabei die Führung behalten, die Kleingrundbesitzer müßten die Soldaten in dem landwirthschaftlichen Heere sein. (Natürlich!) — Schließlich beschlossen die Anwesenden, im Kreise Thorn zwei Bezirksabtheilungen des Bundes der Landwirthe im Anschluß an die beiden Amtsgerichts-Bezirke, zu Thorn und Culmsee, zu bilden. Es erfolgte dann sogleich die Wahl der Vorstände für diese beiden Abtheilungen wie folgt: 1. Abtheilung Thorn: v. Wolf-Gronowo, erster Vorsitzender, Krüger-Altthorn, Stellvertreter, Neuschild-Grabia, Auschwitz-Obernessau, Polzfuß-Rogowo und Hellwich-Altau, Beisitzer; 2. Abtheilung Kulmsee: Donner-Knappstädt, erster Vorsitzender, Hölzel-Kunzendorf, Stellvertreter, Walter-Grzywna, Deuble-Bischöflich-Papau, Wirth-Krapitz und Wirth-Steinau, Beisitzer. — Die meisten der Anwesenden erklärten darauf ihren Beitritt zum Bunde der Landwirthe durch Einzeichnung in die ausgelegten Mitgliederlisten.

g. **Aus Schlesien,** 17. April. In einer gestern in Münsterberg abgehaltenen Versammlung in Sachen des Bundes der Landwirthe, zu welcher außer den Landwirthen auch die Gewerbetreibenden des Kreises eingeladen worden waren, richtete der Vorsitzende an den anwesenden Reichstagsabgeordneten für Münsterberg und Frankenstein, Grafen von Chamaré (Zentrum), die Frage, ob er das Programm des Bundes der Landwirthe anerkenne. Graf Chamaré erklärte, daß er wie bisher die Interessen der Landwirthschaft gewissenhaft vertreten werde; eine bindende Zusicherung, betreffend die Förderung des Bundes, könne er jedoch vorläufig nicht abgeben. Er habe sich auch als Mitglied eines Bauernvereins vorläufig noch nicht für den Anschluß an den Bund erklären können, sondern wolle eine abwartende Stellung einnehmen. — Diese Erklärung ist charakteristisch für die Haltung des Zentrums gegenüber dem Bunde der Landwirthe; es will sich zum Bunde nicht in direkten Gegensatz setzen, andererseits möchte es sich aber auch nicht zu stark für ihn engagiren.

Lüneburg in Hannover, 15. April. Der Vorstand unseres landwirthschaftlichen Provinzial-Vereins, an dessen Spitze der Graf v. Bernstorff-Wehningen steht, hat ein Rundschreiben an die sämmtlichen landwirthschaftlichen Lokalvereine erlassen, in welchem vor übereilter Stellungnahme zu den Bestrebungen des Bundes der Landwirthe gewarnt wird. Es wird darin mitgetheilt, daß der Zentralausschuß der Landwirthschaftsgesellschaft am 25. d. M. zu einer Sitzung zusammentreten werde, um über diese Frage eingehend zu berathen und ausgesprochen, daß es sich jedenfalls empfehle, wenn die Lokalvereine die Ergebnisse dieser Beschlußfassung abwarteten. Uebrigens sei für den Provinzialverein als solchen der Beitritt zum Bunde der Landwirthe schon durch die Statuten, welche politische Erörterungen und Bestrebungen untersagten, ausgeschlossen. Aber auch für die einzelnen Mitglieder, welche ja in dieser Beziehung formell unbehindert seien, dem Bunde beizutreten, sei doch wohl zu erwägen, ob es den diesseitigen Interessen entspreche, sich im vollen Umfange für die Bestrebungen des Bundes der Landwirthe zu erklären. Abgesehen von der Forderung der unverkürzten Annahme der Militärvorlage, scheine es doch auch kaum möglich, für die Staffeltarife einzutreten, wie ja zweifellos die landwirthschaftlichen Interessen des Ostens und Westens wesentlich auseinander gingen. Wenn es auch durchaus berechtigt und geboten sei, daß die Landwirthschaft eine ihrer Bedeutung entsprechende Berücksichtigung verlange, so sei es doch hinsichtlich der parlamentarischen Wahlen bedenklich, nur das einseitige landwirthschaftliche Interesse zu betonen. Im Einverständniß mit dem Hauptverein Bremervörde sei daher beschlossen, die Lokalvereine zu einer abwartenden Stellung aufzufordern. Uebrigens werde der Vorstand, sobald der Zentralausschuß feste Beschlüsse gefaßt habe, auch seinerseits die Angelegenheit in eingehende Erwägung ziehen und dann von dem Ergebniß den Lokalvereinen Kenntniß geben. — Wir können dieses Vorgehen, wird hierzu in der „Wes. Ztg.“ von dem Hannoverschen Korrespondenten des Blattes bemerkt, im Interesse unserer Landwirthschaft nur freudig begrüßen und halten es für durchaus richtig, wenn unsere Landwirthe der vom Osten ausgegangenen agrarischen Bewegung gegenüber vorsichtige Zurückhaltung üben, da die beiderseitigen Interessen in der That zu verschiedene sind.

Aurich, 17. April. Bei der heutigen Ersatzwahl eines Landtagsabgeordneten für den Wahlkreis Aurich 2 wurde Sanitätsrath Kruse in Norderney (nat.-lib.) mit 231 St. gewählt. Für den fortschrittlichen Gegenkandidaten wurden 16 St. abgegeben.

Hamburg, 17. April. Zum Streik der Heizer und Trimmer meldet der „Hamb. Corresp.“: Heute wurden die Heizer und Trimmer des Schnelldampfers „Fürst Bismarck“ abgemustert; ein großer Theil der Leute nahm wieder Stellung auf dem Schiffe. Um etwaigen Unzuträglichkeiten vorzubeugen, wird das Seemannshaus polizeilich abgesperrt. Kleine Dampfer können ihr Personal angeblich ohne große Schwierigkeiten engagiren, da von Auswärts viel Zuzug kommt. Sehr zu Ungunsten der Streikenden ist der augenblicklich außerordentlich niedrige Stand der Frachten, in Folge dessen es manchem Rheder nicht viel Schaden bringt, seine Schiffe eine Zeit lang still liegen zu lassen.

Schweden und Norwegen.

* **Stockholm,** 15. April. Bei der Verhandlung der ersten Kammer über die Unionsangelegenheiten äußerte sich der Ministerpräsident Boström in Veranlassung eines heftigen Angriffes seitens des Abg. Treffenberg auf Norwegen sehr versöhnlich. Die Lösung, sagte er, könne nur auf die Weise geschehen, wie im Staatsrathsprotokoll vom 14. Januar d. J. angegeben, dazu seien aber Verhandlungen nöthig. Es sei nicht zweckmäßig, mit einem Ultimatum zu beginnen. Das Land wünsche die Auflösung der Union nicht. Es müsse für eine freundlichere Stimmung gearbeitet werden. Ein heftiges Wort bedeute nicht immer Stärke, und Ruhe und Mäßigung sei nicht gleichbedeutend mit Schwäche.

Frankreich.

* Der Turpin-Lärm verläuft allmählich im Sande. Zwar setzt Cardane im „Figaro“ seine „Enthüllungen“ fort, die um so weniger interessant sind, als Turpin, dessen Freiheit er dadurch erzwingen wollte, bereits im Kreise der Seinigen weilt. Sie enthalten aber auch thatsächlich nichts Bemerkenswerthes, einerseits Wiederholungen der in der Flugschrift „Comment on a vendu la mélinite“, welche Turpin ins Gefängniß führte, vorgebrachten Behauptungen und andererseits Geschwätz über den Prozeß und die als Zeugen vorgeladenen Generäle Ladvocat und Mathieu. Vielleicht war es die Absicht Cardanes, noch andere

Geschichten, die er als „choses très graves“ angekündigt hatte, zum Besten zu geben. Aber die entschiedene Erklärung des Begnadigten, er stehe für nichts, was befreundete und andere Journalisten über ihn oder als von ihm kommend erzählen könnten, dürfte den Mitarbeiter des „Figaro“ bewogen haben, seine Bemühungen einzustellen.

Großbritannien und Irland.

* Kürzlich empfing der Premier Gladstone eine Deputation der „Imperial Federation League“, welche die Vereinigung der Kolonien des britischen Reiches zum Zwecke besserer Vertheidigung anstrebt. Gladstone erwiderte der Deputation: Die Zwecke, welche der Bund verfolge, seien höchst empfehlenswerth. Die Aufrechterhaltung und Konsolidation des Reiches sei eine Frage, die allen am Herzen läge. Der Gegenstand der Einheit in der Vertheidigung sei ein sehr wichtiger, aber er müsse die Deputation vor dem Glauben warnen, daß die Regierung in den kommerziellen Beziehungen, welche zwischen den interessirten Ländern bestehen, irgend eine Aenderung vornehmen werde. Die Annahme eines Planes in Bezug auf die Reichsvertheidigung sei wünschenswerth, er müsse jedoch auf die großen Schwierigkeiten aufmerksam machen, die der Realisirung ihres Wunsches im Wege ständen. Die Etablirung einer Reichskonferenz sei nur möglich, nachdem das Volk dieses Landes sich zu Gunsten einer solchen ausgesprochen. Nachdem die Reichsregierung die Initiative ergriffen, müßten die Kolonien sich über diesen Gegenstand äußern. Die öffentliche Meinung sei augenblicklich mit anderen Dingen beschäftigt und er glaube nicht, daß die Kolonien darüber schon spruchreif seien.

Brasilien.

* Ueber die Entwicklung der Revolution in Rio Grande do Sul wird der „Agentur Dalziel“ aus Buenos Aires berichtet: Die Aufständischen hätten bereits den Sieg davongetragen, wenn es ihnen anfangs nicht vollständig an Waffen und Pferden gemangelt hätte. Jetzt verfügen sie über 6000 Mann, haben aber keine Artillerie. Falls die Zentralregierung nachdrücklich gegen die Föderalisten und für Castilhos Partei ergreift, haben die ersteren jedoch wenig Aussicht. Man glaubt aber, daß der nach Rio Grande abgereiste Kriegsminister Moura eine Versöhnung der Streitenden versuchen wird. Sollte ihm das nicht gelingen, so wird er wahrscheinlich beide Parteien entwaffnen und eine konstituirende Versammlung berufen, die dann nochmals versuchen soll, den jetzt schon seit vier Jahren dauernden Unruhen ein Ziel zu setzen und geordnete Zustände zurückzuführen.

Militärisches.

Stuttgart, 15. April. Einen neuen Beitrag zum Kapitel Soldatenmißhandlungen und Militär-Strafverfahren liefert der „Beobachter“. Am 5. Juni 1891 richtete die Wittwe J. aus H., deren Sohn beim Ulanen-Regiment Nr. 20 in Ludwigsburg diente, eine Eingabe an das königl. Generalkommando, worin sie vortrug, ihr Sohn werde von seinen Vorgesetzten so arg mißhandelt und gequält, daß sie befürchte, er könnte sich selbst ein Leid anthun; sie bitte dringend um Untersuchung. Die hierauf eingeleitete Untersuchung ergab jedoch ein negatives Resultat, da die von dem Mißhandelten als Zeugen benannten Kameraden die vorgebrachten Mißhandlungen nicht wahrgenommen haben wollten und dabei auch bei der Gegenüberstellung mit J. blieben, obgleich dieser ihnen entgegenhielt, daß sie selbst ihn aufgefordert hätten, Meldung zu machen. Sämmtliche Zeugen betheuerten auch, daß sie bereit seien, ihre Angaben zu beschwören. J. wurde im Herbst zur Reserve entlassen. Im Januar 1892 wurde er ganz unerwartet vor den Untersuchungsrichter des Amtsgerichts geladen und hier erfuhr er zu seiner Genugthuung, daß seine inzwischen ebenfalls zur Reserve entlassenen Kameraden vor dem Zivilrichter die von ihm früher gemachten Angaben über die Mißhandlung und Beschimpfung des J. vollauf bestätigt haben, mit dem Anfügen, vor der Militärbehörde deswegen geleugnet zu haben, weil sie von ihren theils direkten, theils indirekten Vorgesetzten hierzu angehalten worden seien und sie befürchtet haben, sie müßten es büßen, wenn sie die Wahrheit sagen. — Es ist dies in kurzer Zeit der dritte oder vierte Fall, daß in Württemberg das Militärgerichtsverfahren nicht in der Lage war, die Wahrheit festzustellen.

Lokales.

Posen, 18. April.

p. **Zum Mord bei Zegrze.** Zu unserer Nachricht in der heutigen Morgennummer über einen in der Nähe von Zegrze vorgekommenen Mord, tragen wir noch nach, daß der Ermordete ein hiesiger, auf der Fischerei wohnhafter Schuhmacher ist. Derselbe kehrte zu Fuß aus Kurnik, wo er ungefähr 50 Mark einkassirt hatte, zurück und ist auf der Hälfte des Weges zuletzt gesehen worden, wie er von einem Bierwagen mitgenommen war.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

g. **Breslau,** 17. April. [Kommunales.] In der heutigen Sitzung der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung wurde beschlossen, als Kommunalsteuer einen Zuschlag von 150 Proz. der Staatseinkommensteuer zu erheben, während im Vorjahre der Zuschlag nur 110 Proz. betragen hat. Der Magistrat hatte beantragt, den Zuschlag nur auf 130 Proz. festzusetzen und den dann noch verbleibenden Rest der Ausgaben durch Erhebung einer Klosetgebühr zu decken. Diese Klosetsteuer, welche zu einer gewissen Berühmtheit oder auch „Anrüchigkeit“ gelangt war, ist aber gefallen. Sie wird aber in Gestalt einer Kanalabgabe bald eine Art Auferstehung feiern, da die Stadtverordneten-Versammlung gleichzeitig beschlossen hat, an den Magistrat das Ersuchen zu richten, ihr eine neue Vorlage über die Erhebung einer Kanalabgabe zu machen.

* **Kattowitz,** 16. April. [Hochfeuer.] Die „Kattow. Ztg.“ schreibt: Vorgestern Mittag in der zwölften Stunde brach auf bisher unermittelte Weise auf dem Bodenraume des dem Gemeindeboten Grzondziel gehörigen Hauses in Zalenze Feuer aus. Ehe man überhaupt daran denken konnte, einen Löschversuch zu machen, hatte der scharf wehende Nordwestwind die Funken schon auf die leicht gebauten Dächer der Nachbargebäude und über die Straße getragen, sodaß urplötzlich sieben aus Scheunen, Wohnhäusern und Ställen bestehende Besitzungen in Flammen standen. Die Feuerwehren der Umgegend trafen in der denkbar schnellsten Zeit ein. Die Arbeit der Feuerwehr mußte sich zumeist auf die Erhaltung der vom Feuer noch nicht ergriffenen Gebäude beschränken. Bereits entzündete, leichte Holzgebäude wurden vollends zusammengehauen, damit die Gefahr der Weiterverbreitung durch den Wind gemildert würde. Schornsteine wurden gestürzt, um einen späteren Zusammenbruch derselben zu vermeiden. Es sind etwa 25 Familien obdachlos geworden. Glücklicherweise sind die meisten derselben versichert, sodaß der verursachte Schaden diese nicht so sehr hart trifft. Außerdem hatten die Leute trotz des schnellen Umsichgreifens des Feuers dennoch Zeit gefunden, fast alle Habseligkeiten in Sicherheit zu bringen.

Telegraphische Nachrichten.

Leipzig, 17. April. Bei der Berathung des Entwurfs für die Gründung einer allgemeinen Pensionsanstalt der Verbände deutscher Schriftsteller und Journalisten wurde zunächst die Frage erörtert, ob die Pensionsanstalt sich an eine der bestehenden Versicherungs-Gesellschaften anlehnen oder — nach dem Beispiel der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger — die Rentenversicherung selbständig übernehmen solle. Für den ersten Vorschlag traten namentlich die Frankfurter Abgeordneten Hörth und Schloßmacher, sowie der Vertreter des Vereins „Berliner Presse“, O. Wenzel, ein, der zugleich die versicherungs-technischen Grundlagen des Entwurfs einer eingehenden Kritik unterzog. Die Versammlung entschied sich mit großer Mehrheit für die Gründung einer selbständigen Versicherungsanstalt. Nach einer erschöpfenden Spezialberathung, an der außer den Genannten namentlich der Referent L. Viereck (München), Ernst v. Wildenbruch, Martin Hildebrandt (Berlin), die Münchener Delegirten Savitz, Prager und v. Schmaedel, Dr. Steinbach (Wien) sich betheiligten, wurde der Entwurf nach Annahme einer Reihe von Verbesserungsanträgen einstimmig genehmigt. Die allgemeine Versammlung zur Konstituirung der Pensionsanstalt soll in der ersten Hälfte des Monats Juli in München stattfinden.

Wien, 17. April. Die „Pol. Corr.“ meldet aus Belgrad, die Mehrzahl der diplomatischen Vertreter in Belgrad sei bereits im Besitze neuer Beglaubigungsschreiben. Die Ueberreichung derselben werde in den nächsten Tagen stattfinden. Im Laufe dieser Woche würden auch den diplomatischen Vertretern Serbiens im Auslande neue Beglaubigungsschreiben zugehen.

Die Regenten Ristitsch und Belimarkowitsch sind als Staatsräthe pensionirt worden. Puschitsch beabsichtigt, von der Leitung der radikalen Partei zurückzutreten. Derselbe dürfte den Gesandtenposten in Petersburg erhalten.

Petersburg, 17. April. Nach einer Meldung aus Odessa wurden bei dem Einsturz eines Neubaues drei Arbeiter getödtet und sechs verwundet.

Paris, 17. April. Nach dem Ergebniß der Wahlen zum Munizipalrath wird die Zusammensetzung desselben wahrscheinlich unverändert bleiben. 43 der bisherigen Mitglieder sind wiedergewählt; 38 Stichwahlen sind erforderlich.

Brüssel, 17. April. Nach einer Meldung aus Antwerpen warfen tausend streikende Quaiarbeiter die zu den Schiffen führenden Stege in die Schelde. — In Petit-Wasmes wurde der Versuch gemacht, die Kirche mit Dynamit in die Luft zu sprengen: dabei wurden einige Kirchenfenster beschädigt. — In Courtrai fand ein unbedeutender Zusammenstoß zwischen der Polizei und den Streikenden statt. — Der Ausstand dauert überall fort.

Brüssel, 17. April. In dem Becken von Charleroi streiken 20 000 Bergarbeiter von 30 000. Die Hüttenarbeiter und Glasarbeiter setzen die Arbeit fort. In Grammont fand gestern Abend im Café Hollandais ein heftiger Zusammenstoß zwischen den Streikenden und Gensdarmen statt, welche in das Café eindrangen. Zwei Gensdarmen und eine große Zahl von Manifestanten wurden verwundet, darunter mehrere schwer.

Brüssel, 17. April. Der Gemeinderath genehmigte nach sehr lebhafter Debatte die anläßlich der jüngsten Ruhestörungen von dem Bürgermeister erlassenen Verfügungen und beschloß, die Polizei, die Gensdarmerie und die Bürgergarde zu der Unterdrückung der Ruhestörungen zu beglückwünschen. Ferner wird sich der Gemeinderath in corpore zu dem Bürgermeister Buls begeben, um diesem seine Glückwünsche auszusprechen.

Brüssel, 17. April. Der Gouverneur von Brabant berief sämmtliche Bürgermeister der Ortschaften in der Umgebung von Brüssel und forderte dieselben im Namen der Regierung auf, alle Manifestationen innerhalb ihrer Weichbildgrenzen zu verbieten. Die Bürgermeister erklärten sich mit dieser Maßregel einverstanden.

Brüssel, 17. April. Die Regierung hat soeben zwei Klassen der Miliz einberufen.

Mons, 17. April. Nachdem die Bürgergarde zwei Angriffe gegen die Streikenden gemacht hatte, wobei mehrere derselben verwundet wurden, gingen die Streikenden an zwei verschiedenen Orten der Stadt gegen die Bürgergarde mit Steinwürfen vor und verletzten mehrere von den Leuten der Bürgergarde. Diese gab in Folge dessen Feuer, tödtete vier von den Streikenden und verwundete eine größere Anzahl; es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

London, 17. April. Da verlautete, die Regierung werde ihre Einwilligung zu einer Abänderung der Homerule-Bill kundgeben, dahingehend, daß ein Theil von Ulster unter der Kontrole des Reichsparlaments bleiben solle, so erklärt der „Standard“, die Unionisten würden diese Abänderung ablehnen, da die Minoritäten in den anderen Theilen Irlands dem Dubliner Parlament auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sein würden.

London, 17. April. Die „Times“ meldet aus Konstantinopel, der Sekretär der Gesandtschaft der Vereinigten Staaten von Nordamerika habe nach einer persönlichen Untersuchung in Merzivan und der Umgegend die Erklärung abgegeben, es existire weder eine armenische Frage noch ein Aufstand der Christen gegen die Türken. Die Berichte hiervon seien stark übertrieben. Die Türken hätten mit Klugheit und Mäßigung gehandelt. Die Berichte von einem angeblichen Fanatismus der Muselmanen gegen die Christen seien unbegründet und rührten von Agitatoren her, welche dieselben zu umstürzlerischen Zwecken verbreitet hätten. Die Polizei habe Pläne entdeckt, welche Beweise für die wirklich Schuldigen enthalten. Die „Daily News“ meldet aus Konstantinopel, auf Vorstellungen des Sekretärs der amerikanischen Gesandtschaft seien viele türkische Beamte in Caesarea und Merzivan verabschiedet und gegen 100 Armenier in Freiheit gesetzt worden.

London, 17. April. Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Ceara gemeldet: Die gestrige Sonnenfinsterniß ist in Paracura von der englischen astronomischen Expedition, welche sich unter Führung von Albert Taylor dorthin begeben hatte, unter günstigen Verhältnissen beobachtet worden. Der Himmel war vor Eintritt des Contacts bewölkt, klärte sich jedoch später auf, sodaß während der Totalität gute Beobachtungen ausgeführt und gelungene Photographien hergestellt werden konnten.

Athen, 17. April. Nach hier vorliegenden Nachrichten wurden heute früh durch ein Erdbeben in der Stadt Zante die meisten der noch erhalten gebliebenen Häuser zerstört sein. Etwa 20 Menschen sollen dabei getödtet sein. Die Zahl der Verwundeten beträgt 80; nicht ein Haus steht zur Zeit noch aufrecht.

Sigmaringen, 18. April. Im Residenzschlosse des Fürsten ist Feuer ausgebrochen, auch die bekannten Kunstsammlungen desselben schweben in großer Gefahr.

Pest, 18. April. In der Stadt Kalocsa wüthet bei einem heftigen Sturme eine große Feuersbrunst. Bis jetzt sind etwa 60 Häuser eingeäschert. Auch in der Stadt Jasz Ladany zerstörte ein Brand 120 Häuser.

Anläßlich einiger geplanter Volksversammlungen, bei denen auch Gottesdienst abgehalten wird, untersagte der Minister des Innern solche Versammlungen an den Orten, welche für die Abhaltung des Gottesdienstes bestimmt sind, ferner wurden alle Versammlungen, in deren Programm kirchliche Uebungen mit der Berathung öffentlicher Angelegenheiten abwechseln und zu denen die Bevölkerung mit kirchlichen Abzeichen, Fahnen ꝛc. erscheint, verboten. Als Grund des Verbots wird angegeben, daß eine zwischen Staat und Kirche getheilte Kontrolle unthunlich sei, auch könnten derartige Versammlungen leicht zu vaterlandsfeindlichen, anti-nationalen Agitationen dienen.

Bukarest, 18. April. Vor der Kammer fand gestern eine heftige Demonstration Industrieller und Gewerbetreibender gegen das Kommunaltaxengesetz statt. Der Domänenminister wurde bei dem Verlassen der Kammer verhöhnt, und sein Wagen mit Steinen beworfen. Gendarmen zerstreuten die Menge, worauf zahlreiche Manifestanten die Dächer der Häuser bestiegen und die Polizei mit Steinen bewarfen. Zahlreiche Polizisten wurden schwer, einige Manifestanten leicht verletzt. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die Ruhe ist wiederhergestellt.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im April 1893.

Datum Stunde.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
17. Nachm. 2	758,0	NW stürmisch	bedeckt [1]	+ 5,0
17. Abends 9	762,5	NW stark	heiter	+ 0,7
18. Morgs. 7	765,1	NW mäßig	heiter	+ 0,2

[1]) Vormittags öfter Schnee.

Am 17. April Wärme-Maximum + 6,8° Cels.
Am 17. = Wärme-Minimum + 0,7° =

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 17. April Morgens 1,04 Meter
= = 17. = Mittags 1,02 =
= = 18. = Morgens 0,98 =

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 17. April. (Schlußkurse.) Befestigend.

Neue 3proz. Reichsanleihe 87,10, 3½ proz. L.-Pfandbr. 98,60, Konsol. Türken 22,10, Türk. Loose 92,50, 4proz. ung. Goldrente 96,25, Bresl. Diskontobank 102,75, Breslauer Wechslerbank 100,0, Kreditaktien 177,75, Schles. Bankverein 116 75, Donnersmarckhütte 93,00, Flöther Maschinenbau —,—, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 121,00, Oberschles. Eisenbahn 52,75, Oberschles. Portland-Zement 75,00, Schles. Cement 123,00, Oppeln. Zement 90,75, Schl. D. Zement —,—, Kramsta 137,50, Schles. Zinkaktien 187,00, Laurahütte 107 75, Verein. Oelfabr. 91 25, Oesterreich. Banknoten 166,85, Russ. Banknoten 210,75, Giesel Cement 77,00. 4proz. Ungarische Kronenanleihe 93,00.

Frankfurt a. M., 17. April. (Schlußkurse). Fest.

Lond. Wechsel 20,417, 3proz. Reichsanleihe 86,95, österr. Silberrente 81,40, 4⅕ proz. Papierrente 81,70, do. 4proz. Goldrente 98,10, 1860er Loose 127,50, 4proz. ung. Goldrente 96,10, Italiener 92,70, 1880er Russen —,—. 3. Orientanl. 67,70, unifiz. Egypter 100,90, konv. Türken 22,15, 4proz. türk. Anl. —,—, 3proz. port. Anl. 22 50, 5proz. serb. Rente 79,40, 5proz. amort. Rumänier 98,80, 6proz. konsol. Mexik. 81,00, Böhm. Westbahn 309¾, Böhm. Nordb. —,—, Franzosen —, Galizier —,—, Gotthardbahn 160,70, Lombarden 94⅛, Lübeck-Büchen 136,30, Nordwestbahn —, Oest. Kreditaktien 284⅞, Darmstädter 140,30, Mitteld. Kredit 99,80, Reichsb. 150,70, Disk.-Kommandit 186,70, Dresdner Bank 147,20, Pariser Wechsel 81,25, Wiener Wechsel 166,35, serbische Tabaksrente 79,40, Bochum. Gußstahl 124,50, Dortmund. Union 63,50, Harpener Bergwerk 127,90, Hibernia 110,00, 4proz. Spanier 67,10, Mainzer 111,50, Berliner Handelsgesellschaft 144,30, 4proz. ungar. Kronenrente 92,80.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 285½, Disk.-Kommandit 187,20, Bochumer —,—.

Wien, 17. April. (Schlußkurse.) Auf Auslassungen Wekerles über die Spekulation und auf Brüsseler Nachrichten stärker gedrückt, später erholt auf Regenaussichten und Valutaabschwächung. Schluß ruhig.

Oesterr. 4⅕% Papierr. 98,15, do. 5proz. —,—, do. Silberr. 98,00, do. Goldrente 117,20, 4proz. ung. Goldrente 115,55, 5proz. do. Papierr. —,—, Länderbank 250,90, österr. Kreditakt. 342,25, ungar. Kreditaktien 401 25, Wien. Bk.-V. 124,00, Elbethalbahn 239,00, Galizier —,—, Lemberg-Czernowitz 260,50, Lombarden 111,00, Nordwestbahn 219,00, Tabaksakt. 182,50, Napoleons 9,75, Marknoten 59,90, Russ. Banknoten 1,26⅛, Silbercoupons 100,00, Bulgarische Anleihe 112,30.

Oesterr. Kronenrente 96,40, Ungar. Kronenrente 94 65.

Buenos-Ayres, 15. April. Goldagio 201,00.

Rio de Janeiro, 15. April. Wechsel auf London 12¹⁵⁄₁₆.

Produkten-Kurse.

Köln, 17. April. (Getreidemarkt.) Weizen loko hiesiger 16,25, do. fremder loko 17,75, per Mai 16,20, per Novbr. —,—, Roggen hiesiger loko 14,25, fremder loko 16,75, per Mai 14,10, per Novbr. —,—. Hafer hiesiger loko 15,75, fremder —,—. Rüböl loko 55,00, per Mai 53,70, per Okt. 54,10. Wetter: Schön.

Bremen, 17. April. (Kurse des Effekten- und Makler-Vereins) 5proz. Nordd. Wollkämmerei- und Kammgarn-Spinnerei-Aktien 186 bez., 5proz. Nordd. Lloyd-Aktien 120⅞ Gd., Bremer Wollkämmerei 311 bez.

Bremen, 17. April. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Nottr. der Bremer Petroleumbörse.) Faßzollfrei. Still. Loko 5,15 Br.

Baumwolle. Weichend. Upland middl. loko 43 Pf., Upland Basis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung p. April 42 Pf., p. Mai 42 Pf., p. Juni 42¼ Pf., p. Juli 42½ Pf., per August 42¾ Pf., p. Sept. 43 Pf.

Schmalz. Ruhig. Shafer — Pf., Wilcox 51½ Pf., Choice Grocery 51½ Pf., Armour 51½ Pf., Rohe u. Brother (puree — Pf., Fairbanks 44 Pf., Cudahy 50½.

Wolle. Umsatz 115 Ballen.

Tabak. Umsatz: 1070 Packen Brasil, 31 Fässer Kentucky, 368 Seronen Carmen, 4900 Packen St. Felix.

Hamburg, 17. April. Getreidemarkt. Weizen loko ruhig,

holsteinischer loko neuer 154—157. — Roggen loko ruhig, mecklenb. loko neuer 133—134, russischer loko ruhig, transito 101. — Hafer fest. — Gerste ruhig. — Rüböl (unverzollt) still, loko 52. Spiritus loko geschäftsl., per April-Mai 22 3/4 Br., per Juni-Juli 23 1/4 Br., per Juli-August 23 3/4 Br., per August-Septbr. 24 1/2 Br. — Kaffee ruhig. Umsatz — Sack. Petroleum loko ruhig, Standard white loko 5,10 Br., per August-Dezember 5,30 Br. — Wetter: Schön.

Hamburg, 17. April. Kaffee. (Schlußbericht). Good average Santos per Mai 75 1/4, per Septbr. 74, per Dez. 73, per März 71 3/4. Behauptet.

Hamburg, 17. April. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per Mai 16,25, per August 16,62 1/2, per Okt.-Dez. 13,55, per Jan.-März 13,67 1/2. Stetig.

Pest, 17. April. Produktenmarkt. Weizen flau, per Frühjahr 7,53 Gd., 7,54 Br., per Mai-Juni 7,52 Gd., 7,54 Br., per Herbst 7,74 Gd., 7,75 Br. Hafer p. Frühjahr — Gd., — Br. Mais per Mai-Juni 4,52 Gd., 4,54 Br., per Juli-August 4,71 Gd., 4,73 Br. Kohlraps per August-September 12,60 Gd., 12,70 Br. — Wetter: Schön.

Paris, 17. April. Getreidemarkt. (Schlußber.) Weizen fest, p. April 20,90, p. Mai 21,10, p. Mai-August 21,50, p. September-Dez. 22,10. — Roggen behpt., per April 13,80 per Septbr.-Dezbr. 14,50. — Mehl fest, per April 45,70, per Mai 46,40, per Mai-August 47,20, per Septbr.-Dezbr. 48,70. — Rüböl träge, per April 58,75, per Mai 59,25, per Mai-August 59,75, per Septbr.-Dezbr. 60,75. — Spiritus behauptet, per April 49,00, per Mai 49,00, per Mai-August 48,75, per Septbr.-Dez. 44,00. — Wetter: Kalt.

Paris, 17. April. (Schluß.) Rohzucker behpt., 88 Proz. loko 43,00. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3, per 100 Kilogramm per April 45,62 1/2, per Mai 45,87 1/2, per Mai-August 46,25, per Okt.-Dez. 38,12 1/2.

Havre, 17. April. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 35 Points Baisse.

Rio 4000 Sack, Santos 5000 Sack Rezettes für Sonnabend.

Havre, 17. April. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. April 93,25, per Mai 92,75, p. Sept. 93,25. Unregelmäßig.

Amsterdam, 17. April. Getreidemarkt. Weizen auf Termine höher, per Mai 174, per Nov. 179. Roggen loko unverändert, do. auf Termine behaup., per Mai 130, per Oktbr. 127. Rüböl loko 26 1/8, per Mai 25 3/4, do. per Herbst 26.

Amsterdam, 17. April. Java-Kaffee good ordinary 51.

Amsterdam, 17. April. Bancazinn 56 1/2

Antwerpen, 17. April. (Telegr. der Herren Wilkens und Co.) Wolle. La Plata-Zug, Type B., Mai 4,70, Sept. 4,87 1/2, Dez. 4,92 1/2, Käufer.

Antwerpen, 17. April. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12 3/4 bez., 12 7/8 Br., per April 12 7/8 Br., per Mai-Juni 12 7/8 Br., per Septbr.-Dezbr. 13 Br. Fest.

Antwerpen, 17. April. Getreidemarkt. Weizen weichend. Roggen ruhig. Hafer behauptet. Gerste ruhig.

London, 17. April. 96 pCt. Javazucker loko 17 1/2 stetig, Rüben-Rohzucker loko 16 1/8 fest.

London, 17. April. An der Küste 3 Weizenladungen angeboten. Wetter: Regnerisch.

London, 17. April. Chili-Kupfer 44 9/16, p. 3 Monat 44 15/16.

London, 17. April. Die Getreidezufuhren betrugen in der Woche vom 8. April bis 14. April: Englischer Weizen 2580, fremder 35 680, englische Gerste 1690, fremde 3890, englische Malzgerste 22 407, fremde —, englischer Hafer 856, fremder 49 874 Qrts., englisches Mehl 20 583, fremdes 45 169 Sack.

London, 17. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Engl. Weizen zu 1/2 sh. höher als vorige Woche, ziemlicher Begehr; fremder ruhig, Preise gegen vorige Woche unverändert. Amerikanischer Weizen gegen 1/4 sh. niedriger. Mehl flauer, jedoch 1/4 sh. höher als vorige Woche. Mais fest, 1/4 sh. höher als vorige Woche. Gerste fest aber ruhig. Mahlgeste 1/4 sh. höher als vorige Woche. Hafer fest, ruhiger, 1/4 sh. höher als vorige Woche. Angekommene Weizenladungen geschäftslos. Von schwimmendem Getreide, Weizen Käufer zurückhaltend. Gerste ruhig aber stetig. Mais für nahe Ankünfte stetig, für entfernte Tendenz zu Gunsten der Käufer.

Glasgow, 17. April. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 40 sh. 11 d. Stetig.

Glasgow, 17. April. Die Verschiffungen betrugen in der vorigen Woche 8135 Tons gegen 6314 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Liverpool, 17. April, Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle. Umsatz 7000 Ball., davon für Spekulation u. Export 500 Ballen. Träge.

Middl. amerik. Lieferungen: April-Mai 4 1/4 Käuferpreis, Juni-Juli 4 9/32 Verkäuferpreis, August-September 4 5/16 Käuferpreis, Okt.-Novbr. 4 21/64 d. do.

Liverpool, 17. April, Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 7000 Ballen, davon für Spekulation u. Export 500 Ballen. Träge.

Middl. amerikan. Lieferungen: April-Mai 4 7/32 Verkäuferpreis, Mai-Juni 4 7/32 Käuferpreis, Juni-Juli 4 15/64 Käuferpreis, Juli-August 4 17/64 Verkäuferpreis, August-Septbr. 4 17/64 Käuferpreis, Sept.-Oktbr. 4 9/32 do., Oktober-Nov. 4 9/32 Käuferpreis, Nov.-Dez. 4 9/32 d. do.

Newyork, 17. April. Weizen pr. April 75 C., pr. Mai 75 1/2 C.

Berlin, 18. April. Wetter: Bewölkt, kühl.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 17. April. Die heutige Börse eröffnete in schwächerer Haltung und mit zumeist etwas niedrigeren Kursen auf spekulativem Gebiet, wie auch die von den fremden Börsenplätzen und besonders aus Wien vorliegenden Tendenzmeldungen ungünstiger lauteten. — Das Geschäft entwickelte sich zu den niedrigeren Preisen zum Theil lebhafter und im weiteren Verlaufe des Verkehrs konnte sich die Haltung, besonders für Bankaktien etwas befestigen, wie auch nach wiederholten Schwankungen der Schluß wieder ziemlich fest erschien. — Der Kapitalsmarkt bewahrte ziemlich feste Haltung für heimische, solide Anlagen bei mäßigen Umsätzen; Deutsche Reichs- und Preußische konsol. Anleihen gut behauptet, nur dreiprozentige geringfügig abgeschwächt. — Fremde, festen Zins tragende Papiere waren zumeist wenig verändert; Italiener und Ungarische Goldrenten abgeschwächt, Russische Noten nach schwachem Beginn befestigt. — Der Privatdiskont wurde mit 2 1/8 Proz. notirt. — Auf internationalem Gebiet setzten Oesterreichische Kreditaktien etwas niedriger ein und gingen mit einigen Schwankungen, schließlich fester, ziemlich lebhaft um. — Oesterreichische Bahnen nach schwächerer Eröffnung befestigt. Gotthardbahn und andere Schweizerische Bahnen fester und lebhafter. — Inländische Eisenbahnaktien ziemlich behauptet und ruhig; Ostpreußische Südbahn und Marienburg-Mlawka nach schwächerer Eröffnung befestigt. — Bankaktien eröffneten in den spekulativen Devisen durchschnittlich niedriger, konnten aber weiterhin wieder etwas anziehen. — Industriepapiere zumeist wenig verändert und ruhig; Montanwerthe unter Schwankungen schließlich ziemlich behauptet.

Produkten-Börse.

Berlin, 17. April. Die hiesige Getreidebörse stand heute wesentlich unter dem Einfluß ungünstiger Saatenstandsberichte und des wiederum kalten trockenen Wetters. Die Tendenz war allgemein fest, bei anfänglich ziemlich lebhaften Umsätzen. Später war der Markt stiller, doch blieb die Haltung fest. Weizen und Roggen gewannen ca. 1 M. In Hafer waren Termine der neuen Ernte mehr angeboten. Bei kleinen Umsätzen waren die Preise etwas schwächer. Roggenmehl etwas fester, das Geschäft blieb aber still. Rüböl bei geringen Umsätzen schwach und wenig verändert. In Spiritus war die Lokozufuhr nur klein, die Preise mußten aber unter dem Einfluß des Terminmarktes um 80 Pf. nachgeben. Auf letzterem fanden — namentlich für nahe Sichten — Realisationen, angeblich für Hamburger Rechnung statt, die den Preis für nähere Sichten um 1,30 M. drückten; hintere Termine gaben ca. 1 M. nach.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilogr. Loko ohne Umsatz. Termine fest mit ruhigem Schluß. Gek. — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 148—160 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 155 M., per diesen Monat — M., per April-Mai 155,5 bez., per Mai-Juni 156,25—156—156,25 bis 155,75 bez., per Juni-Juli 157,25—157—157,75—157,25 bez., per Juli-August 158,5—158,75—158,5 bez., per August-Septbr. — bez., per Sept.-Oktober 161,25—161,75—161,5 bez.

Roggen per 1000 Kilogramm Loko geringer Handel. Termine höher. Gekündigt 450 Tonnen. Kündigungspreis 133,5 M. Loko 126—133 M. nach Qual. Lieferungsqualität 131,5 M., inländischer, guter 131—132 M., per diesen Monat — M., per April-Mai 133,25 bis 133,75—133,5 bez., per Mai-Juni 135,25—135,75—135 bez., per Juni-Juli 137,5—138,25—137,5 bez., per Juli-August 139 bis 139,5—139,25 bez., per Sept. —, per Sept.-Oktbr. 140,5—141,25 bis 140,75 bez.

Gerste per 1000 Kilo. Still. Große und kleine 138—175, Futtergerste 115—135 Mk. nach Qualität.

Hafer per 1000 Kilogr. Loko nur bessere Waare beachtet. Termine niedriger. Gekündigt 150 Tonnen. Kündigungspreis 145 M. Loko 144—159 M. nach Qualität, Lieferungsqualität 144 M. Pommerscher mittel bis guter u. preußischer mittel bis guter 144 bis 149 bez., feiner 150—153 bez., schlesischer mittel bis guter 144—149 bez., feiner 150—154 bez., per diesen Monat — M., per April-Mai 145 bez., per Mai-Juni 144,25 bez., per Juni-Juli 144 bez.

Mais per 1000 Kilogramm. Loko fest. Termine matt. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 113—126 M. nach Qualität, per diesen Monat — M., per April-Mai 108 bez., per Mai-Juni 107,75 M., per Juni-Juli 107,75 M., per Juli-August 107,75 M., per Sept.-Okt. 110 bez.

Erbsen per 1000 Kilogr. Kochwaare 160—205 M. nach Qual., Futterwaare 135 bis 148 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sack. Termine still. Gek. — Sack. Kündigungspreis — M., per diesen Monat 17,65 bez., per April-Mai 17,65 bez., per Mai-Juni 17,80 bez., per Juni-Juli 18—17,95 bez., per Juli-August — bez., per Aug.-Sept. —, per Sept.-Okt. —.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto inkl. Sack, per diesen Monat 19,00 Br. — Feuchte Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto inkl. Sack per diesen Monat 10,50 M.

Kartoffelmehl per 100 Kilo brutto incl. Sack, per diesen Monat 19,00 Br.

Rüböl per 100 Kilogramm mit Faß. Still. Gekündigt — Ztr. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß — M., ohne Faß — M., per diesen Monat — M., per April-Mai 49,6 M., per Mai-Juni 49,8 M., per Juni-Juli — bez., per Juli-August —,— bez., per August-September —, per Sept.-Okt. 51,0 bez.

Petroleum ohne Handel.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe. Ohne Handel.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10,000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis —. Loko ohne Faß 35,2 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe. Ohne Handel.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Weichend, schließt fest. Gekündigt 150 000 Liter. Kündigungspreis 34,5 M. Loko mit Faß —, per diesen Monat und per April-Mai 34,7—34,9 bis 34,1—34,3 bez., per Mai-Juni 34,9—34,1—34,4 bez., per Juni-Juli 35,3—34,5—34,8 bez., per Juli-August — bez., per August-Sept. 35,7—35,8—35,3—35,6 bez.

Weizenmehl Nr. 00 21,75—19,75 bez., Nr. 0 19,50—17,50 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 17,75—17,00 bez., do. feine Marken Nr. 0 u. 1 18,75—17,75 bez.. Nr. 0 1,5 Mk. höher als Nr. 0 u. 1 p. 100 Kilogr. br. incl. Sack.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Dol = 4 1/4 M. 100 Rub = 320 M. 1 Gulden österr. 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden holl. W. 1 M. 70 Pf., 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto		Wechs.v. 17. April.	
Amsterdam	2 1/2	8 T.	168,75 bz
London	2 1/2	8 T.	20,42 bz
Paris	2 1/2	8 T.	81,25 bz
Wien	4	8 T.	166,75 bz
Petersburg	4 1/2	3W.	210,40 bz
Warschau	5 1/2	8 T.	210,90 bz
In Berl. 3. Lombard 4. Privatd. 2 1/8 G.			

Geld, Banknoten u. Coupons.	
Souvereigns	20,435 bz
20 Francs-Stück	16,255 bz
Gold-Dollars	
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	
Franz. Not. 100 Frcs.	81,30 B.
Oestr. Noten 100 fl.	167,65 bz
Russ. Noten 100 R.	211,25 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.		
Dtsche. R.-Anl.	4	107,90 G.
do. do.	3 1/2	100,90 G.
do. do.	3	87,00 G.
Prss. cons. Anl.	4	107,70 bz
do. do.	3 1/2	104,30 bzG.
do. do.	3	87,00 G.
do Scrips, int.		
Sts.-Anl. 1868	4	102,10 bz
Sts.-Schld-Sch	3 1/2	100,00 bz
Berl Stadt-Obl.	3 1/2	99,40 bz
do. do. neue	3 1/2	99,50 bz
Posener Prov.-Anl.-Scheine	3 1/2	96,80 B.
Pfandbriefe: Berliner	5	115,40 bz
do.	4 1/2	108,70 bz
do.	4	105,40 bz
do.	3 1/2	99,80 G.
Ctrl. Ldsch	4	
do. do.	3 1/2	98,80 bz
Kur. u. Neumrk. neue	3 1/2	98,60 bzG.
do.	4	
Ostpreuss	3 1/2	97,50 bz
Pommer.	3 1/2	99,20 B.
do.	4	
Posensch.	4	102,50 bzG.
do.	3 1/2	97,75 G.
Schls. altl.	3 1/2	
do. do.	4	
ldschl Lt. A	3 1/2	98,60 G.
do.	4	
do. neu do.	3 1/2	98,60 G.
do. do. I. II.	4	
Wstp Rittr	3 1/2	97,70 bzG.
do. neul. II.	3 1/2	97,70 bzG.
Pommer.	4	103,40 B.
Posensch.	4	103,30 bz
Preuss.	4	103,40 G.
Schles.	4	103,30 bz
Bad. Eisenb.-A.	4	105,00 bzG.
Bayer. Anleihe	4	107,30 G.
Brem. A. 1892	3 1/2	99,25 B.
Hmb. Sts. Rent.	3 1/2	98,50 G.
do. do. 1886	3	86,20 G.
do. amort. Anl.	3 1/2	98,30 B.
Sächs. Sts. Anl.	3 1/2	
do. Staats-Rnt.	3	87,50 B.
Prss. Präm-Anl	3 1/2	185,50 G.
K. Pr.-Sch. 40 T	—	400,50 G.
Bad. Präm.-An.	4	138,30 G.
Bayr. Pr.-Anl.	4	142,90 G.

Brnsch. 20 T. L.	—	104,60 bz
Cöln-M. Pr.-A.	3 1/2	134,25 B.
Dess. Präm.-A.	3 1/2	
Ham. 50 T.-L.	3	136,50 bz
Lüb. 50 T.-L.	3 1/2	129,90 B.
Mein. 7 Guld-L.	—	28,30 G.
Oldenb. Loose	3	128,25 bz

Ausländische Fonds.		
Argentin. Anl.	5	46,70 bz
do. 1888	4 1/2	39,90 bz
Bukar. Stadt-A.	5	98,50 bzG.
Buen. Air. Obl.	5	35,90 bz
Chines. Anl.	5 1/2	106,40 G.
Dän. Sts.-A. 86.	3 1/2	96,00 bz
Egypt. Anleihe	3	
do. 1890	3 1/2	94,75 bz
do. do.	4	100,90 bz
do. Daira-S.	4	
Finnländ. L.	—	58,30 bz
Griech. Gold-A	5	72,40 bzG.
do. cons. Gold	4	56,10 bzG.
do. Pir.-Lar.	5	64,40 bzG.
Italien. Rente	5	92,75 bz
Kopenh. St.-A.	3 1/2	93,75 B.
Lissab. St. A. I. II	4	52,00 bzG.
Mexikan. Anl.	6	82,60 bz
Mosk. Stadt-A.	5	68,00 B.
Norw. Hyp-Obl	3 1/2	93,70 bzG.
do. Conv. A. 88.	3	88,40 bzB.
Oest. G.-Rent.	4	97,80 bz
do. Pap.-Rnt.	4 1/5	
do. do.	5	82,90 G.
do. Silb.-Rent.	4 1/5	81,40 bzG.
do. 250 Fl. 54.	4	130,25 G.
do. Kr 100 (58)	—	341,20 B.
do. 1860er L.	5	128,00 bz
do. 1864er L.	—	337,75 bz
Poln. Pf-Br. I-V	5	66,10 G.
do. Liq.-Pf.-Br	4	64,00 G.
Portugies. Anl. 1888—89	—	33,80 G.
Raab-Gr. Pr.-A.	4	96,10 bzG.
Röm. Stadt-A.	4	91,20 G.
do. II. III. VI.	4	85,50 bzG.
Rum. Staats-A.	4	84,50 G.
do. Rente 90	4	84,50 G.
do. do. fund.	5	103,00 B.
do. do. amort.	5	98,90 bz
Rss. Eng. A. (1 Pfd. Stl. gl. 20 M.) 1822	5	
do. 1859	3	
do. 1880	4	98,10 G.
do. 1887	4	
do. 1873		
do. 1875	4 1/2	
do. 1889	4	
do. 1890	4	98,50 bzG.
Russ. Goldrent	6	103,70 G.
do. 1884 stpfl.	5	
I. Orient 1877		
II. Orient 1878	5	67,00 B.
III. Orient 1879	5	67,90 bz
Nikolai-Obl	4	98,60 bzG.
Pol. Schatz-O.	4	96,70 G.
Pr.-Anl. 1864	5	160,00 B.
do. 1866	5	146,00 bzB.
Bodkr.-Pfdbr.	5	105,75 G.
do. neue	4 1/2	100,25 bzG.
Schwedische	3 1/2	97,20 bz
Schw. 1890	3 1/2	97,20 B.
do. d. 1888	3	88,20 bz
Schw Hyp.-Pf.	4 1/2	102,60 bzB.
Serb. Gld-Pfdb.	5	89,50 G.
do. Rente	5	79,20 bzG.
do. neue 85	5	79,00 bzG.
Stockh. Pf. 85	4 1/2	102,90 bz
do. St.-Anl. 85	4	101,50 G.
Span. Schuld.	4	67,90 bz
Türk A. 1865 in Pfd. Sterl. ov.	1	
do do. B.	1	
do. do. C.	1	23,75 bz
do. Consol. 90	4	78,00 bz
do. Zoll-Oblig	5	
Trk. 400 Frc.-L	—	92,30 bz
do. EgTrib-Anl.	4 1/4	
Ung. Gld-Rent.	4	96,25 bz
do. Gld.-Inv.-A.	5	101,00 bzG.
do. do. do.	4 1/2	101,10 bzB.
do. Papier-Rnt.	5	83,00 G.
do. Loose	—	271,00 G.
do. Tem-Bg.-A.	5	
Wiener C.-Anl.	5	106,75 bz

Eisenbahn-Stamm-Aktien.		
Aachen-Mastr.	2 1/4	63,50 bzG.
Altenbg.-Zeitz	—	204,75 bz
Crefelder	4	81,75 bz
Crefld-Uerdng	—	79,75 bz
Dortm.-Ensch.	4 1/2	108,00 bz
Eutin. Lübeck	—	44,50 bz
Frnkf.-Güterb.	1	70,25 bz
Ludwsh.-Bexb.	9 1/4	227,20 bz
Lübeck-Büch.	—	140,00 bzB.
Mainz-Ludwsh	4 1/4	115,25 bzG.
Marnb.-Mlawk.	1/2	68,00 bzG.
Meckl. Fr. Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	101,90 B.
Ostpr. Südb.	—	74,75 bz
Saalbahn	—	27,40 bzG.
Stargrd-Posen	4 1/2	102,90 bz
Weimar-Gera	—	17,90 bzB.
Werrabahn	0,185	61,90 bzB.
Albrechtsbahn	—	39,25 bz
Aussig-Teplitz	—	436,00 G.
Böhm. Nordb.	—	
do. Westb.	7 1/2	
Brünn. Lokalb.	5 1/2	85,50 bz
Buschtherader	—	
Canada Pacifb.	5	83,10 bz
Dux-Bodenb	—	
Galiz. Karl-L.	4 1/2	91,90 B.
Graz-Köflsch.	—	114,90 B.
Kaschau-Od.	4	
Kronpr. Rud.	4 3/4	83,60 bz
Lemberg-Cz.	6 1/2	109,50 bz
Oester. Staatsb		
do. Lokalb.	—	92,10 bz
do. Nordw.	—	
do. Lit. B. Elb.	—	104,10 G.
Raab-Oedenb.	—	28,50 bz
Reichenb.-P.	—	82,30 bz
Südöstr. (Lb.)	—	50,75 bz
Tamin-Land	0	2,30 bz
Ungar.-Galiz.	5	
Balt. Eisenb	3	63,60 bz
Donetzbahn	5	
Ivang. Domb.	5	
Kursk-Kiew	12,160	
Mosco-Brest	—	
Russ. Staatsb.	6,56	
do. Südwest.	5,45	
Wrsch.-Teres.	5	102,30 bz
Wrsch.-Wien.	—	
Weichselbahn	5	
Amst.-Rotterd.	—	
Gotthardbahn	—	164,10 bz
Ital. Mittelm.	5	105,00 B.
Ital. Merid.-Bah	7 1/5	135,40 B.
Lüttich-Lmb.	—	26,60 bzG
Lux. Pr. Henri	2,7	74,10 bzG
Schweiz. Centr	—	124,10 bz
do. Nordost	—	117,20 bz
do. Unionb.	—	80,90 bz
do. Westb.		
Westsicilian.	3 3/5	65,80 bz

Eisenb.-Stamm-Priorität.		
Altdm. Colberg	4 1/2	113,60 G.
Bresl-Warsch.	—	59,30 bzG
Czakat.-St.-Pr.	—	104,70 bz
Dux-BodnbAB.		
Paul-Neu-Rup.	—	110,70 G.
Prignitz	4 1/2	104,50 bzG
Szatmar-Nag.	—	
Dortm.-Gron.	4 1/2	115,50 G.
Marienb Mlawk	5	111,50 bzG
Mecklb. Südb.	—	47,50 bzG
Ostpr. Südb.	—	109,50 bzB
Saalbahn	3 1/2	94,25 bzG
Weimar-Gera	3 2/3	90,00 bzG

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.		
Breslau-Warschauer Bahn	5	
Gr. Berl. Pferde Eisenbahn	4	102,90 bz
Oberschl.	3 1/2	
do. (StargPos)	4	
Ostpr Südbahn	4 1/2	
do. do.	3 1/2	
Werrab. 1890	4	102,10 G.
Albrechtsb gar	5	88,60 G
Busch Gold-O.	4 1/2	103,50 G.
Dux-Bodenb. I.	5	
Dux-PragG-Pr.	5	
do.	4	100,60 G.
Franz.-Josefb.	4	81,70 G.
GalKLudwgb g	4 1/2	
do. do. 1890	4	82,00 bz
Kasch-Oderb. Gold-Pr. g.	4	98,90 bz
KronpRudolfb.	4	81,60 G.
do. Salzkammg	4	101,90 bzG.
LmbCzern. stfr	4	81,00 bzB.
do. do. stpfl.	4	
Oest. Stb. alt, g.	3	84,50 bzG.
do. Staats-I. II.	3	108,50 G.
do. Gold-Prio.	4	101,90 bzB.
do. Lokalbahn	4 1/2	
do. Nordwestb.	5	91,40 bzG.
do. NdwB. G-Pr	5	
do. Lt. B. Elbth.	5	90,70 bz
Raab-Oedenb. Gold-Pr	3	70,90 bzG.
Reichenb.-Pr. (Silber)	4	
Rchb Gold-Prior.	4	
Südöst- B. (Lb.)	3	65,75 bzG.
do. Obligation.	5	104,75 bzB.
do. Gold-Prior.	4	98,40 bz
Baltische gar.	5	
Brest-Grajewoar	5	103,30 G.
Gr. Russ. Eis. g	3	79,80 G.
Ivang.-Dombr. g.	4 1/2	101,20 bz
Kozlow-Wor. g.	4	93,20 bz
do. 1889	4	94,40 bzB.
do. Chark. As. (O)	4	93,40 bz
do. (Oblig.) 1889	4	94,70 bzB.
Kursk-Kiew conv	4	94,60 bzG.
Losowo-Sebast.	5	99,00 G.
Mosco-Jaroslaw	5	
do. Kursk gar.	4	88,30 G.
do. Rjäsan gar.	4	96,00 G.
do. Smolensk g.	5	103,00 B.
Orel-Griasy conv	4	93,20 bz
Poti-Tiflis gar.	5	
Rjäsan-Kozlow g	4	94,30 G.
Rjaschk-Morcz. g	5	102,90 bz
Rybinsk-Bolog.	5	
Schuja-Ivan. gar.		
Südwestb. gar.	4	95,20 B.
Transkaukas. g.	3	78,50 G.
Warsch.-Ter. g.	5	103,25 bzG.
Warsch.-Wien n.	4	99,80 G.
Wladikawk. O. g.	4	95,10 G.
Zarskoe-Selo	5	
Anatol. Gold-Obl	5	92,25 G.
Gotthardbahnov.	4	103,50 B.
Sicilian. Gld.-P. (steuerfrei)	4	
do. do. v. 1891	4	
Ital. Eisenb.-Obl.	3	58,25 B.
Süd-Ital. Bahn	3	61,10 B.
Serb. Hyp.-Obl.	5	81,10 bzG.
do. Lit. B.	5	78,40 bzG.
Central-Pacific	6	
Illinois-Eisenb.	4	101,60 bzB.
Manitoba	4 1/2	100,75 B.
Northern Pacific	6	114,30 G.
San Louis-Franc.	6	109,50 bzG.
Southern Pacific	6	112,70 bzG.

Hypotheken-Certifikate.		
Danz. Hypoth.-Bank	3 1/2	
Dtsche. Grd.-Kr.-Pr. I	3 1/2	113,50 G.
do. do. II.	3 1/2	108,60 bzG.
do. do. III. abg.	3 1/2	100,20 G.
do. do. IV. abg.	3 1/2	100,20 G.
do. do. V. abg.	3 1/2	95,75 B.
do. Hp. B. Pf. IV. V. VI.	5	112,75 G.
do. do.	4	102,70 bzG.
do. do.	3 1/2	96,25 bzG.
Hb. Hyp.-Pf. (rz 100)	4	101,00 G.
do. do. (unkündbar bis 1./1. 1900)	4	103,50 bz
do. do. (rz 100)	3 1/2	95,60 bz
Meininger Hyp.-Pfdb.	4	101,50 G.
do. Pr.-Pfdbr.	4	130,25 bzG.
Pomm. Hypoth.-Akt. B.-Pfandbr. III. u. IV.	4	101,50 bzG.
P. B.-Cr. unkb (rz 110)	5	114,00 G.
do. Sr. III. V. VI (rz 100)	5	107,70 G.
do. do. (rz. 115)	4 1/2	115,60 G.
do. do. X. (rz. 110)	4 1/2	111,60 G.
do. do. (rz. 100)	4	101,40 bzG.
Pr. Cent.-Pf. (rz. 100)	4	100,50 G.
do. do. (rz. 100)	3 1/2	97,25 bzG.
do. do. kündb. 1900	4	103,50 bzG.
Pr. Centr.-Pf. Com-O	3 1/2	97,00 bzG.
Pr. Hyp.-B. I. (rz. 120)	4 1/2	
do. do. VI. (rz. 110)	5	
do. div. Ser. (rz. 100)	4	103,00 bzG.
do. do. (rz. 100)	3 1/2	97,50 bzG.
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4 1/2	
do. do. do.	4	103,00 bzG.
do. do. do.	3 1/2	97,60 bzG
Schles. B. Cr. (rz. 100)	4	102,00 G.
do. do. (rz. 100)	3 1/2	96,60 G.
Stettin. Nat. Hyp. Cr.		
do. do. (rz. 110)	4 1/2	106,50 bzG
do. do. (rz. 110)	4	102,25 bzG
do. do. (rz. 100)	4	102,00 bzG

Bankpapiere.		
B. f. Sprit-Prod. H	—	66,60 G.
Berl. Cassenver.	4 1/2	132,10 G.
do. Handelsges.	6	144,60 bz
do. Maklerver.	8 1/2	129,50 G.
do. Prod-Hdbk.		
Börsen-Hdlsver.	6 1/2	139,60 G.
Bresl. Disc.-Bk.	5	102,80 bzG.
do. Wechslerbk.	4 1/2	100,10 bz
Danz. Privatbank	7 1/3	
Darmstädter Bk.	5 1/4	140,25 bz
do. do. Zettel	3,70	
[illegible]utsche Bank	8	160,60 bzB.
do. [illegible]sensch	4 5/6	119,30 G.
do. Hp. B[illegible] pCt	7	119,60 G.
Disc.-Command	6	188,90 bz
Dresdener Bank	7	147,90 bz
Gothaer Grundcreditbank	3 1/2	91,50 G.
Internat. Bank	—	
Königsb. Ver.-Bk		99,10 bzG.
Leipziger Credit	8 1/2	173,00 bzG.
Magdeb. Priv.-Bk	5	108,80 G.
Maklerbank	5	117,00 bzG.
Mecklenb. Hyp. u. Wechs.	8	137,10 G.
Meininger Hyp.-Bank 70 pCt.	6	109,75 G.
Mitteld. Crdt.-Bk.	4 1/2	99,56 B.
Nationalbk. f. D.	5	115,50 bz
Nordd. Grd.-Crd.	1	93,25 bzG.
Oester. Credit-A	9 1/16	
Petersb. Disc.-Bk	—	
do. Intern. Bk.	10	
Pomm. Vorz.-Akt	6	113,40 G.
Posen. Prov.-Bk.	4 1/2	101,90 G.
Pr. Bodencr.-Bk.	7	130,75 bzG.
do. Cnt-Bd 60 pCt	9 1/2	160,50 bzG.
do. Hyp.-Akt.-Bk	6 1/2	124,80 bz
do. Hyp.-V. A. G. 25 pCt.	6	105,20 G.
do. Immob-Bank 80 pCt.	—	252,00 bzG.
do. Leihhaus	6	92,40 G.
Reichsbank	6,38	150,50 G.
Russische Bank	5	71,75 G.
Schles. Bankver.	5 1/2	117,00 bzG.
Warsch. Comerz	—	
do. Disconto	—	

Industrie-Papiere.		
Allg. Elekt.-Ges.	7 1/2	140,20 bz
Anglo Ct. Guano	11 2/3	145,40 bzG.
Bauges.: Berl.-Charl.	7 1/5	1042,00 bz
City St.-Pr.	5	79,00 B.
Dtsche. Bau	3	78,00 G.
Hann. St.-P.	3 1/2	72,50 G.
Bauges. Humb.	5 1/2	134,20 G.
Moabit	8	147,25 bzB.
Passage	3 1/2	71,00 bzG.
U. d. Linden	0	
Berl. Elekt.-W.	7 3/4	151,25 bzG.
Berl. Lagerhof	—	89,50 bz
do. do. St.-Pr	9	119,75 bz
Ahrens Br., Mbt.	0	56,10 G.
Berl. Bock-Br.	0	51,30 bzG.
Schultheiss-Br.	16	248,00 bzG.
Bresl. Oelw.	3	91,00 B.
Deutsche Asph.	5	86,10 G.
Dynamit Trust	9	140,00 bz
Erdmannsd. Sp.	5 1/2	98,90 B.
Fraust. Zucker	0	98,50 G.
Glauz. Zucker	12	118,00 B.
Gummi Harburg-Wien	24	278,00 G.
do. Schwanitz	12 1/2	190,25 G.
do. Voigt Winde	8	131,25 bzG.
do. Volpl. Schldt.	—	97,50 bz
Hemmoor Cem.	6	107,50 G.
Köhlm. Strk.	12	
Körbisdf. Zucker	12	116,00 bz
Löwe & Co.	18	258,00 bzG.
Bresl. Linke	—	157,10 bzG.
do. Hofm.	10	140,00 bz
Germ. Vrz.-Akt.	6 1/2	89,25 bzG.
Görlitz ov.	8	118,00 B.
Görl. Lüdr.	10	147,00 B.
Grusonwerk	10	203,40 bzB.
H. Pauksch	2	
Schwarzkopff	18	242,75 bzG.
Stettin-Vulk.-B.	—	109,00 bzG.
Sudenburg	14	215,50 G.
O.-Schl. Cham.	3	73,75 bz
do. Port.-Cem.	1 1/2	75,00 bzG.
Oppeln. Cem.-F.	4	90,25 bzG.
do. (Giesel)	2	76,25 bzG.
Gr. Berl. Pferdb.	12 1/2	229,75 bz
Hamb. Pferdeb.	—	101,00 B.
Potsd. ov. Pfrdb.	5	97,00 bz
Posen. Sprit-F.	4	
Rositzer Zucker	—	73,75 G.
Schles. Cem.	—	122,75 bz
Stett. Bred. Cem.	3	88,00 bzB.
do. Chamott.	15	202,00 bzB.
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	—	128,10 G.
Berzelius	10	129,90 bzG.
Bismarckhütte	8	150,10 G.
Boch. Gusst.-F.	6 1/2	123,80 bz
Donnersmarck	—	89,25 G.
Dortm. St.-Pr. A.	1	62,60 bz
Gelsenkirchen	9	129,60 bz
Hibernia	5 1/1	110,00 bzG.
Hörd. St.-Pr.-A.	0	39,40 bzB.
Inowracl. Salz	1	43,25 bzB.
König u. Laura	4	107,90 bzB.
Lauchham. ov.	6	107,40 bzG.
Louis. Tief. St.-Pr	7	106,00 B.
Oberschl. Bd.	1/2	53,25 bzG.
do. Eisen-Ind.	—	115,75 bzG.
Redenh. St.-Pr.	—	8,50 bzG.
Riebeck. Mont.	15	166,10 bzG.
Schles. Kohlw.	0	24,90 bz
do. Zinkhütte	15	185,50 bz
do. do. St.-Pr.	15	185,50 bzG.
Stolb. Zink-H.	—	42,75 bzG.
do. St.-Pr.	—	109,75 G.
Tarnowitz ov.	—	
do. do. St.-Pr.	0	51,00 bzG.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.